

# **MASCH** **Skripte**

## **Streifzüge durch die Geschichte von KPD und DKP nach 1945 wie sie nicht im Geschichtsbuch steht**

*Vortrag von Robert Steigerwald*

## **MASCH-Skripte – was soll das?**

Mit diesem Vortrag veröffentlichen wir die erste Ausgabe unserer neuen Reihe MASCH-Skripte. Die Anlehnung an die alte, in den 70er Jahren gegründeten MASCH („Marxistische Abendschulen“) im Rahmen der Marxistischen Arbeiterbildung (MAB) ist gewollt. Denn Bildungszirkel in dieser Traditionslinie sind nach 1989/90 nie ganz verschwunden und – was wichtiger ist – seit einiger Zeit auch unter diesem „Markenzeichen“ wieder stärker im Kommen.

**Mit diesem neuen Arbeitsmaterial MASCH-Skripte wollen wir darum vor allem zwei Bedürfnisse befriedigen.**

- 1.** Das Bedürfnis von Besuchern und Besucherinnen solcher marxistischer Vortragsveranstaltungen das Gehörte zwecks Erinnerung und Vertiefung auch „schwarz auf weiß“ (zu einem erschwinglichen Preis) nach Hause zu tragen.
- 2.** Das Bedürfnis von ReferentInnen, nicht nur den Besuchern ihrer Veranstaltungen, sondern darüber hinaus einer größeren Zahl Bildungswilliger zumindest die Hauptlinien ihres Vortrags (plus weiterführender Literatur- und Quellenangaben) mit auf den weiteren marxistischen Bildungsweg zu geben.

Damit möglichst viele Interessierte in den Genuss der MASCH-Skripte kommen können, stellen wir sie zum kostenlosen download auch ins Internet unter [www.marxistische-blaetter.de](http://www.marxistische-blaetter.de). Verantwortlich für Inhalt, korrekte Literatur- und Quellenhinweise sind allein die Verfasser der MASCH-Skripte. Die Vorträge können aus personellen und aus Kostengründen nicht so lektoriert und korrigiert werden, wie man es von Buch- oder Zeitschriftenveröffentlichungen erwarten muss.

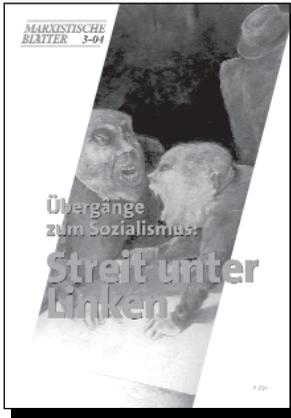
Wenn dieses neue Arbeitsmaterial angenommen wird und wir personelle bzw. organisatorische Unterstützung bekommen, wollen wir den einen oder anderen Vortrag digital mitschneiden, nicht nur, um ihn schriftlich zu veröffentlichen, sondern auch, um ihn als Audio-File ins Internet stellen zu können. Aber das ist derzeit noch Zukunftsmusik.

**Herausgeber:**

Neue Impulse Verlag, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen,

Tel.: 0201-2486482, Fax: 0201-2486484; e-Mail: [NeueImpulse@aol.com](mailto:NeueImpulse@aol.com)

Schutzgebühr 2,50 Euro (plus Versandkosten)



Marxistische Blätter 3/04  
**Übergänge zum Sozialismus:  
Streit unter Linken**  
7,50 Euro



Marxistische Blätter 5/04  
**1989 bis 2004 – fünfzehn  
Jahre Konterrevolution?**  
7,50 Euro



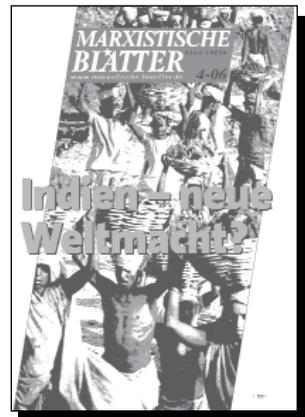
Marxistische Blätter 2/06  
**Gewerkschaften  
Heute – Morgen**  
7,50 Euro



Marxistische Blätter 1/06  
**Alltag und Kultur**  
7,50 Euro



Marxistische Blätter 3/06  
**Marxismus und  
Naturwissenschaft**  
7,50 Euro



Marxistische Blätter 4/06  
**Indien – neue  
Weltmacht?**  
7,50 Euro

**Bestellung bei** Neue Impulse Verlag  
Tel. 0201-24 86 48 2 | Fax 0201-24 86 48 4  
E-Mail [NeueImpulse@aol.com](mailto:NeueImpulse@aol.com)

**Einzelheft:** 112 Seiten, 7,50  
Euro Jahresabo: 42,50 Euro;  
ermäßig: 27,50 Euro  
Ältere Hefte schicken wir gerne  
auch kostenlos zu.

# Bücherkiste zur Geschichte der Arbeiterbewegung

**KPD 1945-1968**

**Dokumente**

Herausgegeben von Günter Judick, Josef  
Schleifstein, Kurt Steinhaus  
Edition Marxistische Blätter, 2 Bände,  
900 S., 10,- Euro

Eckart Spoo (Hrsg.)

**Tabus der bundesdeutschen Geschichte**

248 S., 15,- Euro

Wolfgang Abendroth

**Einführung in die Geschichte der**

**Arbeiterbewegung**

**Von den Anfängen bis 1933**

288 S., 10,- Euro

Harald Neubert

**Die Hypothek des kommunistischen Erbes**

**Erfahrungen, Zeugnisse, Konsequenzen**

322 S., 24,80 Euro

Theo Bergmann/ Mario Kessler

**Ketzer im Kommunismus**

**23 biographische Essays**

472 S., 25,50 Euro

Theo Bergmann

**„Gegen den Strom“**

**Die Geschichte der KPD (Opposition)**

624 S., 29,70 Euro

Theodor Bergmann u. a.

**Geschichte wird gemacht**

**Soziale Triebkräfte und internationale**

**Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert**

236 S., 18,- Euro

Kurt Pätzold/ Erika Schwarz

**Europa vor dem Abgrund**

**Das Jahr 1935 – Eine nicht**

**genutzte Chance**

376 S., 23,- Euro

Arno Klönne u. a.

**Fluchtpunkte**

**Das soziale Gedächtnis der**

**Arbeiterbewegung**

316 S., 20,40 Euro

Hans Heinz Holz

**Der Kampf um Frieden und Demokratie**

**Gesammelte Aufsätze aus 50 Jahren**

270 S., 15,80 Euro

Hans Heinz Holz

**Deutsche Ideologie nach 1945**

**Gesammelte Aufsätze aus 50 Jahren**

256 S., 15,80 Euro

Leo Kofler

**Geschichte und Dialektik**

236 S., 16,80 Euro

Günter Judick/ Hans Joachim Krusch

**Wider die Verfälschung**

**deutscher Geschichte**

**Beiträge zum antifaschistischen**

**Widerstand in Deutschland und zur**

**Gründung der BRD und der DDR**

174 S., 5,- Euro

Kurt Fritsch, Walter Timpe

**Gefängnis-Tagebuch**

**Politische Gefangene**

**in Hannover 1950-51**

144 S., 7,90 Euro

**Diese und alle weiteren lieferbaren Bücher zur Geschichte der Arbeiterbewegung sind**

**erhältlich beim** Neue Impulse Versand, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen,

Tel.: 0201-2486482, Fax: 0201-2486484, e-Mail: [NeueImpulse@aol.com](mailto:NeueImpulse@aol.com)

und auch über unseren online-shop im Internet:

[www.marxistische-blaetter.de](http://www.marxistische-blaetter.de)



NEUE IMPULSE VERLAG

**Vorbemerkung**

*Ich versuche, über das Wirken der Kommunisten in den Westzonen und dann in der Bundesrepublik seit 1945 zu berichten. Wie weit ich damit komme, mit welcher Jahreszahl ich aufhöre, weiß ich noch nicht, schließlich ist die Geschichte etwas Offenes; und vielleicht gibt es ja, während ich dies festhalte, noch etwas Besonderes, das den Text zu beenden erlaubt. Ich verspreche, keine Langeweile zu bereiten, denn worüber ich reden werde, das habe ich miterlebt und verinnerlicht, ich bin also keiner, der über etwas redet, das ihm nur aus der Literatur bekannt ist. Außerdem werde ich in den Text die eine oder andere Episode, die Schilderung der einen oder anderen Begegnung einflechten, weil sie geeignet sein dürften, bestimmte Persönlichkeiten der neueren Geschichte unseres Landes besser zu verstehen. Ich denke etwa an den hoch verdienten marxistischen Kulturwissenschaftler, begnadeten Redner und Lehrer Hans Mayer, an den SPD-Vorsitzenden und Einpeitscher des Antikommunismus Kurt Schumacher, aber auch an Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, an Wolfgang Abendroth und Leo Kofler (an diese guten, erfolgreichen Erzieher neuer, junger marxistischer Gelehrter und Parteiarbeiter!). Lange Zeit galten Mayer, Bloch, Kofler, Abendroth als „Republikflüchtige“ und „Revisionisten“.*

## Aber worüber werde ich nicht sprechen?

Über die Trümmerwüsten unserer Städte und die Verwüstungen in den Köpfen, über den täglichen Überlebenskampf der ersten Nachkriegsjahre, den manche, die es miterlebt haben manchmal vergessen und den sich „Nachgeborene“ kaum vorstellen können. Und mein Studium an der Frankfurter Goethe-Universität, in Hörsälen ohne Glasfenster und – wenn es um Philosophie ging – fast ohne Professoren, denn der zumeist den Leuten verborgene politische und ideologische Grundgehalt von Philosophie hatte doch die meisten Philosophie-Lehrer den Nazis in die Hände getrieben: Vorlesungen ohne Vorlesende, es sei denn, ein Arzt sprang helfend ein. Und die Studenten? Wenn sie als Verwundete, Behinderte nicht mehr in Gefangenschaft waren, da saßen sie nun auf der Schulbank, die doch oft zuvor als Leutnante, Oberleutnante, gar Hauptleute Kompanien, gar Bataillone geführt hatten. Wir – die nur ein, zwei Jahre Jüngeren – holten nach, was uns der Krieg gestohlen hatte: Das Jugendalter – als bereits Erwachsene. Und, soweit wir den Faschismus aus den Köpfen vertrieben hatten, fühlten wir uns inmitten dieses kaum noch wahrgenommenen Elends im Denken und Fühlen frei, frei für etwas völlig Neues. Und glaubten, die endlich verjagten Gespenster und Verbrecher der zurückliegenden Jahre würden nie wieder aus ihren Schlupflöchern hervor kriechen. Obwohl einer meiner Onkel, dem ich dabei heftig widersprach, sagte: „Wirst sehn, sie kommen alle wieder!“

Ja, sie sind alle wieder gekommen, doch wie war das möglich? Vielleicht können die nachfolgenden Berichte einiges dazu beantworten.

## Ausgangsbedingungen 1945

Im August 1956 wurde die KPD verboten. Das wird Anlass für eine besondere Art von Gehirnwäsche sein. Sie dürfte sich auf der Grundlage solcher in pluralistischem Einerlei verkündeten Hauptthesen entfalten: Die KPD wollte, als verlängerter Arm Moskaus, in der Bundesrepublik eine kommunistische Revolution herbeiführen, unser Land in eine totalitäre Diktatur sowjetischer Prägung verwandeln. Ihr Verbot hat sie sich darum selbst zuzuschreiben, denn Revolution, Hochverrat, Umsturz und dergleichen kann kein Staat der Welt dulden. Das Verbot – wird man uns einreden – hat auch dazu gedient, den erreichten anti-totalitären Konsens der tragenden politischen Kräfte unseres Landes zu sichern und den freiheitlichen Rechtsstaat zu verteidigen.

Es gibt in unserem Volk, angesichts eines jahrzehntelangen „verordneten“ Antikommunismus, eine große Mehrheit, die solcher Demagogie erliegen dürfte. Es ist also notwendig, solcher Bewusstseinsmanipulation durch Darlegung der wirklichen Vorgänge entgegen zu treten. Dies erfordert die konkrete Berücksichtigung wesentlicher geschichtlicher Zusammenhänge.

Wenn wir die Ausgangspositionen prüfen, wie sie 1945 bezogen wurden, so stellen wir sowohl auf dem internationalen Feld als auch auf dem Boden des geschlagenen deutschen Kapitalismus das Vorhandensein von zwei völlig entgegengesetzten Konzeptionen fest: Einer antifaschistischen und antiimperialistischen stand eine imperialistische, aggressive antikommunistische entgegen. Für das imperialistische Lager möge folgender Beleg dienen: Es war im August 1944. Die Rote Armee stand bereits an der Weichsel, in Italien war Mussolini gestürzt, die neue italienische Regierung hatte sich in die antifaschistische Front eingereiht. Frankreich war größtenteils frei. Der Krieg quälte sich seinem Ende entgegen. Doch wenn das deutsche Volk, dieses fleißige, ordentliche, pünktliche, genaue, arbeitsame, disziplinierte (usw. usw.) Volk nicht immerfort der Verbrecherbande um Hitler die Treue – damals sprach man von Nibelungentreue – gehalten hätte, der Krieg wäre früher beendet worden, hunderttausende Menschenleben wären nicht in dem fast noch ein weiteres Jahr andauernden Gemetzel ums Leben gekommen!

Aber in jenem August kam es in der US-Außenpolitik zu einer jähen Wendung! Der linksliberal eingestellte US-Vizepräsident Henry A. Wallace wurde durch Harry S. Truman ersetzt. Dieser typische Wall-Street-Humanist hatte in der „New York Times“ am 24. Juli 1941 geschrieben: „Wenn wir sehen, dass Deutschland den Krieg gewinnt, dann sollten wir den Russen helfen, und wenn Russland gewinnt, dann sollten wir den Deutschen helfen; mögen sie auf diese Weise so viele wie möglich töten. Als dieser Roosevelts Stellvertreter wurde, vermerkte die emigrierte Linkssozialdemokratin Anna Siemsen (sie war in der Weimarer Republik die erste Frau, die Ministerin in einer Landesregierung werden durfte!) in ihrem Tagebuch: Das sei die Neuorientierung der USA-Außenpolitik – weg von der Zusammenarbeit mit der UdSSR, hin auf künftige Konfrontation.

Die USA und, von ihnen abhängig, England, warteten mit der großen Landung in Frankreich so lange wie nötig war, um die Sowjetarmee daran zu hindern, bis an den Rhein und darüber hinaus vorzustoßen. Der berühmte D-Day diente keineswegs oder hauptsächlich der Befreiung Frankreichs. Die Invasion war der erste vorbereitende Schritt für einen Kampf nach dem Zweiten Weltkrieg.

Natürlich erkannten Stalin und seine Mitkämpfer, was die Stunde geschlagen hatte, es ging auf beiden Seiten um die Ausgangspositionen für ein neues Wettrüsten. Auf der Seite der Sowjetunion konnte das schon angesichts der furchtbaren Verluste an Menschen und Material, des weitgehend verwüsteten, zerstörten Sowjetlandes überhaupt nichts anderes bedeuten als hartnäckigster Kampf um den Frieden.

Das wusste man auch in den Zentren des Imperialismus, also musste man irreführend und gehirnwuschend erklären: Friede und Freiheit seien weltweit von der aggressiven Sowjetunion bedroht, man müsse alles Mögliche aufbieten, dem standhalten zu können. Es war nicht schwer, den deutschen Massen das einzureden, auf Gründe dafür komme ich noch zu sprechen.

Doch die Zeit für die offene Konfrontation war noch nicht gekommen. Wenige Wochen nach Kriegsende (in Europa) tagte in Potsdam die Konferenz der Siegermächte. Für die eng-

liche Seite nahm abschließend nicht der Kriegssieger Churchill, sondern der neue Premierminister Attlee, ein Sozialdemokrat, teil. Der hatte einst gesagt, hätte man die vor dem Krieg namens der Sowjetunion durch deren Außenminister Litwinow entwickelte Politik der Kollektiven Sicherheit befolgt, so wäre der zweite Weltkrieg verhindert worden.

Es gibt zu der Konzeption der US-Außenpolitik eine umfangreiche „westliche“ Literatur (z. B. David Horowitz, *The Free World Colossus: A Critique of American Foreign Policy in the Cold War*. New York: Hill & Wang, 1971, rev. ed., 465 p. [= American Century Series] oder Giovanetti/Fred Freed, *Sie warfen die Bombe*, Berlin: Propyläen-Verlag 1967. Eine umfangreiche Dokumentation in der „Welt am Sonntag“: 12. März 1961. – Eine gründliche Analyse dieser Wendung schrieb Josef Schleifstein unter dem Pseudonym Egon Schreiner (*Marxistische Blätter*, 4. Jg. 1966, H. 2, S. 36-41: „Der Ursprung des Kalten Krieges“). Er bezieht sich auf die Potsdamer Geheimakten (der USA) und schreibt: Truman hatte am 18. Juli 1945 bereits ein japanisches Kapitulationsangebot vorliegen. Stalin übergab ihm ein solches, auch die Schweden! Truman schlug dies alles aus. Im vertrauten Kreis sagte er: „Wenn sie explodiert, was, wie ich glaube, der Fall sein wird, dann werde ich ganz sicher einen Hammer gegen jene Burschen (die Russen) in der Hand haben.“ Und im Oktober 1948 rief Churchill auf einem Parteitag dazu auf, „die Dinge auf die Spitze zu treiben und eine endgültige Regelung zu treffen“, bevor die Sowjetunion selbst die Atomwaffe besäße!

Die Toten von Hiroshima und Nagasaki waren also nicht die letzten Toten des Zweiten Weltkrieges, sondern die ersten des Kalten Krieges – im August 1945! Welche Konzeptionen jedoch leiteten das antiimperialistische Lager – darunter auch die progressiven, antifaschistischen, teilweise auch antiimperialistischen Kräfte der USA – die Anti-Hitler-Koalition insgesamt und auch die deutsche Arbeiterbewegung?

„Die Unterstützung seitens der deutschen Schwerindustrie und Hochfinanz ermöglichte den Nationalsozialisten die Machtergreifung. Die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft und auf die fieberhafte Rüstung zum Angriffskrieg erfolgte unter der unmittelbaren Leitung der deutschen Industriellen.“ (Untersuchungsausschuss des US-Senats, Kilgore-Ausschuss). Auf der Liste dieses Ausschusses standen als Verantwortliche für Faschismus und Krieg unter anderen Flick, Krupp, Klöckner, Siemens, Röchling, Thyssen, Vögler, Zangen. (*Georg S. Wheeler, Die amerikanische Politik in Deutschland, S. 130*)

## **Im Potsdamer Abkommen der Vier Siegermächte heißt es:**

„Der deutsche Militarismus und der Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung jetzt und zukünftig auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedroht.“ Gefordert wird die „Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinbarungen.“

Diese letztere Linie setzte sich – zur internationalen Friedenssicherung gegen die imperialistische US-Position gerichtet – in Potsdam durch! Es lag dies zunächst am Gewicht der Sowjetunion. Bezeichnend hierfür war eine Antwort der bedeutenden US-amerikanischen Journalistin Dorothy Thompson auf die Frage, wieso denn die USA und England nach der Niederringung Hitler-Deutschlands nicht den Kampf gegen Sowjetrußland aufgenommen hätten: Dazu seien die Massen in England nicht bereit gewesen! Die Völker des leidgeprüften Kontinents wollten antifaschistisch-demokratische, friedenssichernde Maßnahmen durchgesetzt sehen, die sich auch in den Orientierungen der in Deutschland auftretenden antifaschistisch-demokratischen Kräfte finden sollten, nicht nur in jenen der KPD und der SPD, sondern auch der damaligen CDU (in ihrem Ahlener Programm).

Die programmatischen Dokumente und Aussagen der deutschen Arbeiterbewegung stimmten mit den antifaschistischen, antiimperialistischen, demokratischen Positionen der Anti-Hitler-Koalition völlig überein.

Im Prager Manifest der SPD von 1934 wurden grundlegende Lehren gezogen (das Dokument und einiges andere, das ich einbringe, muss zitiert werden, weil die SPD schon lange versucht, sich von solchem „Ludergeruch“ zu befreien!), wenn es heißt:

„Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.“ (*Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin, Band 5/460*)“ Der politische Umschwung von 1918 vollzog sich am Abschluss einer konterrevolutionären Entwicklung, die durch den Krieg und die nationalistische Aufputschung der Volkmassen bedingt war...Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm ohne Widerstand der Staatsführung, die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Dass sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging.“ (*ebenda, S. 458*)

## **Erich Ollenhauer und Hans Vogel (Vorsitzender der SPD) stellten noch 1944 fest:**

„Die Programmerkklärung ist durch die umwälzenden Ereignisse, die wir seit 1934 erlebt haben, nicht überholt oder widerlegt worden. Im Gegenteil: Das Programm hat heute eine noch größere aktuelle Bedeutung als zur Zeit seiner Ausarbeitung und Veröffentlichung.“ (*Das Prager Manifest von 1934, in: Schriftenreihe Sozialistische Korrespondenz, Hamburg, Heft 3, S. 17*)

Schon während der Krieg noch im Gange war, haben nicht nur deutsche Emigranten und die Angehörigen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in der UdSSR, sondern auch solche in westlichen Emigrationsländern sich zu gleichen Positionen durchgerungen. So erklärte die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien am 23. 10. 1943:

„Der erste Beitrag eines demokratischen Deutschlands zu diesem System“ (eines friedlichen Europa), „wird die sofortige militärische Abrüstung Deutschlands sein. Wir sind überzeugt, dass die Vernichtung des deutschen Militärapparats nicht genügt. Wir sind entschlossen, die gesellschaftlichen Machtpositionen der wirtschaftlichen und politischen Träger des deutschen Militarismus durch die Enteignung der deutschen Kriegs-Industrie und des Großgrundbesitzes und durch den demokratischen Neuaufbau der Verwaltungsapparate von Grund auf zu beseitigen.“ (zitiert in *„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“*, Band 5, S. 587)

Eine Entschließung der ersten Landeskonferenz der sozialdemokratischen Landesgruppe in Schweden vom 2. und 3. 12. 1944 sprach sich in richtiger Einsicht in die entscheidende Rolle des einheitlichen Ringens der Arbeiterbewegung dafür aus, „dass die Einheit der politischen Arbeiterklasse nach dem Sturze Hitlers die Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes ist. Die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei kann nur in Deutschland selbst erfolgen.“ (ebenda, S. 613)

## **Der erste Parteitag der SPD, 1946 in Hannover durchgeführt, stellte fest:**

„In der Periode zwischen zwei Weltkriegen haben überall die Kräfte des Finanzkapitals und der Reaktion versucht, den sozialistischen Konsequenzen der Demokratie zu entgehen ... Mit dem „Dritten Reich“ war durch die Zerschlagung der politischen Kraft der arbeitenden Klasse die Demokratie außer Kurs gesetzt und durch das Fehlen demokratischer Willensbildung und Kontrolle die entscheidende Voraussetzung für die europäische Katastrophe gegeben ... Mit denselben Methoden, mit denen das „Dritte Reich“ die Austragung der Klassengegensätze im Innern gewaltsam unterdrückt hatte, förderte es den Gegensatz der Nationen untereinander. Die unvermeidliche Folge der Diktatur war der Krieg und damit der totale militärische und politische Zusammenbruch und die Zerstörung der bisherigen Grundlagen des wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens. Sie sind damit unbrauchbar für den Aufbau eines neuen Deutschlands geworden.“ (Kundgebung der SPD, angenommen auf dem Parteitag der SPD, Hannover Mai 1946, zit. ebenda, Band 6, S. 414)

An solchen Einsichten anknüpfend forderte der Parteitag in Hannover die Überführung der Betriebe des Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung und- Bearbeitung, des größten Teils der chemischen Industrie sowie der Großbetriebe der verarbeitenden Industrie in Gemeineigentum, die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Durchführung einer Agrarreform.

Kurt Schumacher schrieb damals: „Die Entprivatisierung der Produktionsmittel des Großbesitzes und ihre Überführung in das Eigentum der Allgemeinheit ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern eine entscheidende politische Frage.“ (ebenda, Band 6, S. 367)

Auch im christlichen Lager waren diese Erkenntnisse richtunggebend. Jacob Kaiser forderte im Februar 1946 die „Brechung der Macht der Syndikate und Kartelle.“ Der Berliner CDU-Parteitag, Juni 1946, stellte als Ziel heraus den „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“. Im Ahlener Programm der CDU vom Februar 1947 heißt es: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden...Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ (*ebenda, Band 6, S. 431*). Ich möchte hier aus einem Flugblatt der CDU aus dem Jahre 1946 zitieren:

**„Arbeiter der Stirn und der Faust!  
Wir stehen am Anfang einer Zeitenwende!  
Das bürgerlich-kapitalistische Zeitalter ist vorbei!  
Dem Sozialismus gehört die Zukunft!  
Doch wahrer Sozialismus heißt nicht Kollektivismus,  
verantwortlicher Sozialismus nicht Vermassung!  
Arbeiter!  
Bist Du für eine sinnvoll gelenkte Planwirtschaft?  
Bist Du für einen gerechten Ausgleich der Kriegslasten?  
Bist Du für eine soziale Preis- und Lohnpolitik?  
Dann kämpfe mit uns  
Für einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung.  
Für volle Freiheit der Persönlichkeit.  
Für echte demokratische Selbstverwaltung!  
Arbeiter!  
Darum hinein in die  
Christlich-Demokratische Partei Deutschlands.  
Hinein in die große deutsche sozialistische Volkspartei.**

Die KPD hob sich mit ihrer Einschätzung von solchen Feststellungen und Forderungen nicht ab, als sie – schon etwa auf der Berner Konferenz von 1939 – erklärte: „Die neue demokratische Republik wird ... im Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen.“ (*Aufruf der KPD: „Wir Kommunisten und die deutsche Nation“*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin, 1960, Heft 3, S. 564 f.*)

## **Am 11. Juni 1945 hieß es in einem Manifest der KPD:**

„Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher...Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodel und Kon-sorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.“ (*Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin: Dietz Verlag, 1965, S. 191*)

Der wesentliche Unterschied besteht allerdings darin, dass nur die Kommunisten diese Lehren der Geschichte nicht „vergessen“ oder verdrängt haben. Wie kann angesichts dieser Sachlage behauptet werden, die Bundesrepublik hätte die Lektion der deutschen Geschichte gelernt?

Der deutsche Imperialismus und Militarismus lagen 1945 geschlagen am Boden. Es standen ihnen keine Machtmittel zur Verfügung, sich gegen eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung zu wehren. Dennoch war die KPD nicht für die sozialistische Revolution – Kurt Schumacher (SPD) tadelte sie sogar deswegen...

## **Ein paar Worte zu damaligen Orientierungen:**

Wir Sozialdemokraten – ich selbst gehörte noch bis Februar 1948 dazu – waren damals dafür, die großen Güter, insbesondere die Latifundien der Fürsten, zu enteignen und daraus landwirtschaftliche Großbetriebe zu machen. Folglich lehnten wir die Bodenreform im Osten als reaktionär ab: Das schafft doch nur wieder neue Privateigentümer! Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien verurteilten wir als Zwangsvereinigung. Die amerikanische Orientierung lief deutlich auf Abspaltung der Westzonen vom Osten hin, erkennbar etwa in der Rede des US-Außenministers Byrnes in Stuttgart (1947), dagegen nahmen wir Stellung. Die Oder-Neiße-Grenze wollten wir korrigiert sehen. Die Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse hielten wir für notwendig, verstanden aber nicht, dass da ehemalige den Nazis dienende Juristen als Verteidiger zugelassen waren. Schumacher betonte: „Sozialismus ist die Tagesaufgabe“. Die Kommunisten aber hielten die Ausrottung der Wurzeln für Faschismus und Krieg für die Tagesaufgabe, und wäre diese damals gelöst worden, dann hätten wir sicherlich den Punkt erreicht, an dem in Deutschland die Losung vom Sozialismus als Tagesaufgabe richtig gewesen wäre. So aber hat Schumachers scheinradikale Losung in Wahrheit dazu beigetragen, dass die Wurzeln für Faschismus und Krieg erhalten blieben. Es war ähnlich wie 1918/19: Der Kaiser ging, die Generäle und Konzernherren blieben. So konnte man nun sagen: Hitler, Göring, Goebbels und Himmler gingen in die Hölle, doch jene, die sie gemacht, finanziert und an die Macht geschoben haben, die blieben und wurden wieder aktiv. Schumacher musste es später einmal selbst erklären. Wir haben der Reaktion das Bett gemacht, indem sie nun liegt – freilich: sie ist in diesem Bett nicht eingeschlafen!

Ich war damals ein durchaus aggressiver Antikommunist, empört über das Verhalten der Roten Armee beim Eindringen nach Deutschland – ich war mir über das ganze Ausmaß dessen, was Deutsche in der Sowjetunion angerichtet hatten, über die Saat des Hasses, die gesät worden war, nicht wirklich klar. Dann, ich sagte es schon, war ich gegen die Vereinigung der beiden politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung, SPD und KPD.

Die Aussiedlung der Deutschen aus dem Osten lehnten wir Sozialdemokraten ab. Zu uns nach Hessen kamen viele Sozialdemokraten aus dem Sudetengebiet, die keine Nazis waren, warum wurden sie ausgesiedelt? Andererseits bekam ich recht früh Kontakte mit solchen mich beeindruckenden Kommunisten wie Hans Mayer, Walter Fisch, Emil Carlebach, Arno Leetz und erkannte, dass beispielsweise Franz Mehring oder Georg Lukacs, deren Schriften ich verschlang, Kommunisten waren. So näherte ich mich über den Kopf kommunistischen Positionen an. Ich las die Arbeiten Plechanows, soweit sie auf Deutsch vorlagen. Seine „Grundprobleme des Marxismus“ habe ich, da ich sie nur leihweise hatte, mit der Schreibmaschine abgetippt. Und dann kam Lenin dazu, insbesondere seine Kautsky-Kritiken, die mich überzeugten und meine Einstellung zur Staatsfrage in qualitativer Hinsicht änderten. Mit Stalin ging das nicht so rasch. Mir erschien seine Diktion zu einfach, in seiner berühmten Philosophie-Schrift gefiel mir nicht, dass er an Scharnierstellen des Textes statt Beweise zu liefern mit Analogien arbeitete: Wie in der Natur, so auch in der Gesellschaft. Erst später wurde mir klar, dass er für Massen schrieb, die gerade erst Lesen und Scheiben lernten. Berücksichtigt man dies, so muss man zugeben, dass Stalin ein ausgezeichnete Didaktiker war.

Uns zugängliche Literatur? Das begann mit Franz Mehring, seiner „Deutschen Geschichte vom Ausgang des Mittelalters bis zur Neuzeit“. Da gingen einem im wahrsten Sinne die Augen auf, wurde das zuvor vermittelte Geschichtsbild bis auf den Grund zerstört! Es setzte sich fort über August Bebels „Aus meinem Leben“. Bald schon entstand in Offenbach der Karl-Drott-Verlag, faktisch ein Verlag der SPD, es wurde auch Literatur aus der Ostzone verkauft. Und da sah man Plechanows kleine Broschüre zur materialistischen Geschichtsauffassung, bald auch schon Arbeiten von Georg Lukacs. Es gab eine Taschenbuchreihe mit amerikanischer Literatur; und ebenfalls bald erschienen die ersten auf Zeitungsrotations-Maschine gedruckten Romane, etwa Pliviers „Stalingrad“. Schließlich geriet, wer das wollte, in den Bannkreis von Lenin-Schriften.

Und persönliche Kontakte? Da war ich privilegiert. Ich hatte – als Jugendfunkredakteur – den ständigen Kontakt mit Hans Mayer, mit Stefan Hermlin, mit Arno Leetz. Sie arbeiteten ebenfalls im gleichen Rundfunk, im gleichen Haus.. Auch mit Emil Schmidt, er war wie Arno Leetz Schwiegersohn von Johanna Kirchner, die von den Nazis ermordet worden war. Ich hatte aber auch Kontakte mit Kurt Schumacher, Willi Knothe, Willi Eichler, also führenden Sozialdemokraten. Oder mit Anna Bayer, Minna Specht, einer Pionierin der Reform-Pädagogik und ethischen Sozialistin aus dem Umkreis von Leonard Nelson. (Auch darauf komme ich noch genauer zu sprechen.)

Unter den Umständen seiner grundlegenden Schwäche war dem Imperialismus nur

das Mittel gegeben – auch unter Nutzung von Kräften in den westlichen Besatzungsmächten – die Einigung jener Kraft zu verhindern, der Arbeiterbewegung, von deren Wirken nun der Fortschritt in Deutschland abhing. Wer immer für die Zukunft Deutschlands und des deutschen Volkes wirken wollte, musste alle Kraft auf diese Einigung wenden. Spaltungspolitik war in dieser Situation Hilfsdienst für den am Boden liegenden Imperialismus und Militarismus.

Was das Ringen um die Einigung der beiden deutschen Arbeiterparteien angeht, so gibt es ebenfalls gewichtige sozialdemokratische Zeugnisse, welche die These von der Zwangsvereinigung als Lüge entlarven. Albrecht Kaden, der SPD nahestehender Historiker, schrieb im damaligen „Theorie-Organ“ der SPD: „Es mußte die einheitliche Organisation der Arbeiterklasse aufgebaut werden – eine Organisation die keine Richtungskämpfe mehr kannte, die über das Trennende der Vergangenheit die Gemeinsamkeit aller Sozialisten als Bollwerk für die Demokratisierung setzte ... Nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern auch in den Westzonen regte sich unter den sozialdemokratischen Funktionären der Wille, das Gegeneinander von Sozialdemokraten und Kommunisten, wie es sich vor 1933 entwickelt hatte, für die Zukunft auszuschließen.“ (*Albrecht Kaden, Entscheidung in Wennigsen, in: Die neue Gesellschaft, Heft 6/1960, S. 485 f.*)

Und Erich Gniffke schrieb noch nach seiner Rückkehr in den Schoß der Westzonen-SPD: „Nach unserer statistischen Erfahrung ergab sich, daß nahezu 400.000 Westzonenbewohner sogleich eine Mitgliedschaft in der SED zu erwerben bereit waren.“ Es gab bedeutende Versuche, die Aktionseinheit und sogar die Einheit beider Parteien zu entwickeln etwa in Hamburg, Hessen, München, Südwürttemberg, Nordrhein-Westfalen. (*Erich Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Vorabdruck in: Der Spiegel, 25. April 1966, S. 53*)

Um von den wirklichen Orientierungen der Kommunisten abzulenken, findet die Selbstbeweihräucherung der Bundesrepublik als antitotalitärer, freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat statt. Dies zeigte sich auch besonders deutlich im KPD-Verbotsprozess. Wie steht es jedoch um das antitotalitäre Selbstverständnis Bonn/Berlins? Wird es nicht durch Tatsachen widerlegt? Denn an der Wiege der Bundesrepublik standen führende Nazis wie Globke, Heusinger und der Chef-Arisierer Abs. Drei Bundespräsidenten dienten Hitler. Heuß hatte 1933 dessen Ermächtigungsgesetz zugestimmt. Er war Autor im Renommierblatt Goebbels: „Das Reich“. Lübke war ein KZ-Baumeister. Carstens ein SA-Mann, der vor dem Plenum des Bundestags den Pinochet-Putsch in Chile ebenso verteidigte, wie der unselige Franz Josef Strauß, der eigens nach Chile flog, sich mit Pinochet fotografieren ließ und ihn als Verteidiger der Freiheit lobte. Bundeskanzler Kiesinger war ein Mann aus dem Goebbels'schen Propagandaministerium. Filbinger, dieser furchtbare deutsche Marinerichter, wurde Ministerpräsident in Baden-Württemberg. Ist das der Bonner Antifaschismus? Ein Antifaschismus mit faschistischen Kadern? Bei allen Fehlern (in) der DDR: Ihr leitendes Personal kam aus dem antifaschistischen Widerstand...

Nähme man in Bonn den Unbegriff des Totalitarismus ernst, hätten nicht hohe Naziwüdrenträger Baumeister der Bundesrepublik sein dürfen. Aber zum „Ausgleich“ durfte ein

Kommunist nicht einmal Briefträger sein. Es waren die angeblichen Antitotalitären, die 1933 zum Retter des deutschen Kapitals Hitler bestellten! Der antitotalitäre ist in Wahrheit ein antisozialistischer Konsens. Der möglichen Alternative zum Kapitalismus soll eine Barriere entgegengesetzt werden. Es gibt ganz andere und tief begründete Gleichheiten, denn bürgerliche Demokratie und Faschismus haben die gleichen sozialökonomischen Grundlagen. Nur der Sozialismus brach mit ihnen und zog sich deshalb den wütenden Hass der kapitalistischen Kräfte, gleich welcher Farbe – ob schwarz, rosa, grün oder gelb – zu.

Konfrontieren wir aber auch noch die Ideologie vom freiheitlichen „Rechtsstaat“ mit der empirischen Realität! Zu den Lehren der neueren Geschichte gehörte die Gründung der UNO. Sie entstand aus dem Kampf gegen die faschistische, von Deutschland angeführte Zweite-Weltkriegs-Koalition und sollte eine wirkliche weltweite Friedensordnung sichern. Und was ist mit dem „Rechtsstaat“ Bundesrepublik. Hat er nicht unter USA-Führung gerade die Satzung, die Regeln dieser Organisation gebrochen? Zu den Lehren unserer Geschichte gehören die Grundgesetzartikel gegen Krieg und Kriegshetze. Der „Rechtsstaat“ Bundesrepublik Deutschland hat seine eigene Verfassung durch den Krieg gegen Jugoslawien und die ihn begleitende beispiellose Kriegshetze gebrochen. Die Dokumente der NATO legen fest, dass sie nur zu Verteidigungszwecken in Aktion treten darf. Der „Rechtsstaat“ Bundesrepublik hat wie ein gehorsamer Diener des USA-Imperialismus die NATO-Satzung gebrochen.

Gehen wir zur Innenpolitik über. Sind die langjährigen, menschenrechtswidrigen Berufsverbote des „Rechtsstaats“ Bundesrepublik schon vergessen? Hat nicht der dafür zuständige UNO-Ausschuss den „Rechtsstaat“ Bundesrepublik angeklagt, im Gefolge der Annexion der DDR dort massenweise Menschenrechte verletzt zu haben? Der „Rechtsstaat“ Bundesrepublik hat das in der Verfassung festgeschriebene Asylrecht faktisch ausgebeutet. Der Große Lauschangriff hat mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun.

Nimmt man die im Potsdamer Abkommen und in den Parteiprogrammen von 1945/47 festgehaltenen Ursachenbestimmungen für Krieg und Faschismus, die damit verbundenen Lehren der deutschen Geschichte, so bleibt festzuhalten: Die wirklichen Lehren aus der deutschen Geschichte, aus Krieg und Faschismus waren Bestrafung der Kriegs- und Naziverbrecher, Beseitigung des Militarismus, demokratische Bodenreform, antifaschistische Schulreform. Diese Lehren wurden allein in der Deutschen Demokratischen Republik gezogen. Davon zeugen schon die ersten großen Reformwerke im Osten: Die demokratische Bodenreform im September 1945, die demokratische Schulreform ab Herbst 1945, sodann nun, schon auf der Grundlage eines breiten Volksentscheides in Sachsen, die Enteignung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher. Wie sehr dies damals der überwiegenden Meinung des Volks in Ost und West entsprach, beweisen die Ergebnisse der etwa gleichzeitigen Volksabstimmungen in Sachsen und Hessen: In beiden Fällen stimmten mehr als 70 Prozent der Wähler für die Enteignung – allerdings wurde in Hessen durch die US-Besatzungsmacht die Durchführung dieser vom Volk geforderten Gesetze verboten! Auch die Ausschaltung und, soweit nötig, Bestrafung von Kriegs- und Naziverbrechern

im Osten des Landes stimmte mit den gewonnenen Erkenntnissen überein. Dagegen wird der im Westen des Landes erfolgte „Neuaufbau“ durch Kader des Nazistaates, auch von den Propagandisten der Bundesrepublik nicht geleugnet.

Wir haben es hier in der Tat mit einer Entwicklung zu tun, deren Wesen die Fehlorientierung des Volkes, die Verhinderung einer sozialistischen Alternative ist und die Gefahr in sich birgt, dass unser Land und Volk ein weiteres Mal in die Katastrophe gesteuert wird. Schon ist Deutschland wieder zu einer Kriegspartei geworden. Soll unser Volk eine Zukunft haben, ist der Bruch mit dieser Orientierung notwendig.

Der unter USA-Führung neu entstehende antisowjetische Block musste von vornherein versuchen, sich des geografischen, demografischen, industriellen und auch militärisch erfahrenen deutschen Potentials zu bemächtigen: „Deutschland war eine große Militärmacht. Die Deutschen sind große Kämpfer. Wenn die Vereinigten Staaten wieder in einem Krieg stehen, haben wir Kämpfer nötig. In diesem Krieg wollen wir Deutsche an unserer Seite haben.“ („*New York Times*“: 17. 11. 1949)

Die antisowjetische, antisozialistische Orientierung verlangte, mit den Potsdamer Orientierungen antifaschistisch-demokratischer, antiimperialistischer und antimilitaristischer Art schleunigst Schluss zu machen. Das Nazipotential, so weit es auch nur irgendwie für die US-Ziele tauglich war, wurde nicht nur nicht bestraft, sondern in den Dienst der USA-Aggression gestellt – und das galt dann auch für den sich erneut auf deutschem Boden herausbildenden Imperialismus und Militarismus.

Dies alles wurde erleichtert durch ideologisch-politische Einstellungen breiter Massen des deutschen Volkes. Es war zwölf Jahre lang konzentrierter Nazi-Propaganda ausgesetzt. Die Nazis konnten mit ihrer Propaganda an Erfolge ihrer Politik anknüpfen. Die imperialistischen Staaten – in der Hoffnung, Nazideutschland werde dem Bolschewismus nicht nur national, sondern auch international den Garaus machen – kamen Hitler in jeder nur möglichen Weise entgegen (Konkordat des Papstes mit Hitler, Flottenabkommen Englands für die Seeraufrüstung der Nazis, Hilfe für den Franco-Putsch in Spanien 1936 durch sog. Nicht-einmischungspolitik, Verrat an der Tschechoslowakei durchs „Münchener Abkommen“ 1938). Zwölf Millionen Deutsche gehörten der Nazi-Partei an, weitere Millionen ihren Massenorganisationen. 16 Prozent der Bewohner Deutschlands nach 1945 waren Umsiedler, die für ihr schweres Schicksal nicht die Nazis, sondern die Sowjetunion, „die Kommunisten“ subjektiv verantwortlich machten. Während in Frankreich und Italien die Kommunisten an der Spitze des nationalen Freiheitskampfes standen, kämpften die deutschen Kommunisten gegen den Krieg der „eigenen“ Regierung, für die Niederlage des „eigenen“ Staates, waren sie „Vaterlandsverräter“. Was den Juden angetan wurde, erschien nun, nach der militärischen Niederlage des faschistischen Nationalsozialismus, auch vielen Deutschen als schändlich ... aber den Kommunisten? War denen nicht Recht geschehen? Es war nicht schwer, an den Nazi-Antisowjetismus und Nazi-Antikommunismus anknüpfend, einen „demokratischen“ Antisowjetismus und Antikommunismus zu schaffen...

## KPD-Grundorientierung

Die KPD war sich der tief reichenden ideologischen und politischen Verwüstungen der Volksmassen völlig bewusst. Es konnte nur eine an bürgerlich-demokratische, parlamentarische Verhältnisse anknüpfende Politik entwickelt werden. Dazu gehörte eine breit angelegte Offensive gegen den chauvinistischen, faschistischen und rassistischen Ungeist. Und es waren ideologische, politische und sozialökonomische Orientierungen von Übergangscharakter zu einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung nötig. Außerdem war es angebracht, sich an den deutschen Besonderheiten orientierend, über einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus nachzudenken. Hierzu legte die KPD, eine ausgearbeitete Position vor. Darin enthaltene Grundorientierungen wurden zur Substanz der Erklärung des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 (die „Marxistischen Blätter“ haben das Dokument in den Heften 5 und 6 des Jahrgangs 1990 wieder abgedruckt) – ein zwei Tage später vom Zentrallausschuss der SPD unter Otto Grotewohls Federführung entstandenes Dokument war im Wesentlichen gleichen Inhalts !

Ausdrücklich hieß es, dass es nicht um eine sozialistische Umwälzung gehe, daß nicht die Absicht bestehe, das Sowjetsystem auf Deutschland zu übertragen. Aber nötig sei es im ureigensten Interesse des deutschen Volkes selbst:

- Die Kriegs- und Naziverbrecher zu bestrafen.
- Die politische und ökonomische Macht jenes Rüstungs- und Monopolkapitals, das Hitler finanziert, an die Macht geschoben und aus seinen Kriegen und Verbrechen riesige Profite gescheffelt hatte, zu überwinden.
- Die faschistische militaristische Kriegsmaschinerie, die doch nicht nur fremden Völkern, sondern gerade auch dem eigenen unermessliche Opfer abverlangt hatte, abzuschaffen.
- Die Überwindung der barbarischen Rassenideologie, der Aufbau einer dem Volk verpflichteten, demokratischen, humanistischen Kultur, eines solchen Bildungssystems.
- Und es sei unumgänglich, dass unser Land und Volk helfen bei der Beseitigung der furchtbaren Schäden, die im deutschen Namen begangene Kriege verursacht hatten.
- Diese Lehren aus Krieg und Faschismus waren im Interesse des deutschen Volkes absolut richtige Positionen!

Die USA und ihre Verbündeten setzten alles daran, den deutschen Imperialismus wieder erstehen zu lassen und auch sein militärisches, politisches, ideologisches Potential in ihre Dienste einzubeziehen. Zugleich gossen die wieder hochgespülten Parteigänger Hitlers, nun in Amt und Würden des „demokratischen“ Westdeutschlands, jede Menge Öl in dieses Feuer.

Schon nach wenigen Jahren konnten damalige Bundesminister, sogar der Bundeskanzler, sich so äußern wie Jakob Kaiser: „Ein wahres Europa kann nur gebildet werden, wenn die deutsche Einheit hergestellt wird. Sie umfasst ... außer Deutschland auch Österreich, einen Teil der Schweiz, die Saar und Elsass Lothringen“ oder Waldemar Kraft: „Es gibt Tore in Deutschland, die die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 fordern. Sie wollen also – deswegen sind sie Tore –, dass das Sudetenland als Bestandteil der CSR, das Memelgebiet, Danzig, der Korridor ... anerkannt werden“ oder Theodor Oberländer: „Wenn Herr Guggenheimer sagte, dass ich mir noch vor kurzem Ostkolonien wünschte, so irrt er sich. Ich wünsche sie auch heute noch, weil ich glaube, dass es Menschen geben muss, die einmal wieder das Abendland ostwärts des Eisernen Vorhangs vertreten!“ (*Angelika Lehndorff-Felsko, Fritz Rische, KPD-Prozess 1954/56, Frankfurt/Main: Verlag Marxistische Blätter, 1981, S. 140 f.*)

Der Kampf der KPD und jene Kräfte, die sich zur Zusammenarbeit gegen diese Wahnsinnspolitik mit ihr bereit fanden, entsprach den Überlebensinteressen unseres Volkes! Es gab für die KPD überhaupt keine andere Politikmöglichkeit! Auch jene, die früher den Lügen zum Opfer gefallen sein mögen, der Unfriede in der Welt sei von der Sowjetunion ausgegangen, können heute feststellen:

- So lange es die Sowjetunion gab, wagte es das imperialistische Lager nicht, solche Kriege vom Zaun zu brechen, wie das gegenwärtig der Fall ist.
- Das „Gleichgewicht“ des Schreckens war ohne Zweifel eine nur schwer zu ertragende politische Last, aber es sicherte den Frieden.
- Und jeder unvoreingenommen die heutigen Prozesse studierende Zeitgenosse kann selbst erkennen, dass alle vorgegebenen Kriegsgründe nichts, aber auch gar nichts mit der Existenz des Sozialismus zu tun haben – selbst der viel beschworene Terror hat doch seine letzten Wurzeln in jenen furchtbaren Verhältnissen, die jenen Menschen, die zum Terror als Mittel greifen, vom Imperialismus aufgezwungen worden sind und aufgezwungen werden.
- Die deutschen Kommunisten haben gerade darin, dass sie sich in der Sache der Verteidigung des Friedens, des Kampfes um Abrüstung – trotz aller Fehler, die von der Sowjetunion, von ihr verbundenen Kräften, auch von der KPD begangen worden sein mögen – vorbehaltlos auf die Seite des Sozialismus und der Sowjetunion stellten, dem ureigensten Interesse unseres Volkes gedient, auch wenn die meisten Bewohner unseres Landes angesichts der beispiellosen Gehirnwäsche imperialistischer Medien das teilweise sogar bis heute noch nicht einsehen.

## Wie hat die SPD ihre Grundorientierungen von 1945 preisgegeben?

Seit Sommer 1945 gehörte ich der SPD an und war einer der Gründer und Spitzenfunktionäre der dieser Partei verbundenen „Sozialistischen Jugend Deutschlands. Die Falken“. Als für die Monate November und Dezember eine Reise einer Falken-Delegation (das war die erste Auslandsreise deutscher Jugendlicher nach 1945) nach Schweden stattfinden sollte, gehörte ich dieser kleinen Gruppe an (zu ihr gehörten auch Mitglieder des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ SDS, beispielsweise der spätere Bundesverfassungs-Gerichtspräsident Zeidler). Wegen meiner inzwischen erfolgten innerlichen Abkehr von sozialdemokratischen Positionen erklärte ich führenden SPD-Genossen gegenüber, ich würde, eben dieser Änderungen wegen, in der bevorstehenden Wahl nicht mehr für die Wiederwahl als Falkenvorsitzender zur Verfügung stehen. Ich hielt das für ein Gebot des politischen Anstands.

Nach Stockholm kam etwa zur gleichen Zeit auch der Vorsitzende der West-SPD, Kurt Schumacher. Wir nahmen zunächst an einer Versammlung in einem recht großen Saal teil: Kurt Schumacher referierte. In der anschließenden Diskussion argumentierten zwei der Versammlungsteilnehmer gegen Schumacher. Der eine war der Senator der schwedischen Sozialdemokratie, Tyre Neerman, von dem ich damals nicht wusste, was mir seit kurzem bekannt ist: Neermann gehörte zu der kleinen Gruppe internationalistischer Linker, die 1915 im kleinen Schweizer Bergdorf Zimmerwald mit Lenin, Trotzki, Ledebour und anderen zusammen gekommen waren, um Maßnahmen gegen den imperialistischen Völkermord zu erörtern. In seiner Rede sprach Tyre – den deutschen Sozialdemokraten dürfte der Atem gestockt haben – von seinem „Freund Lenin“! Der zweite Diskussionsredner war Fritz Rück, Autor des Buches „Frieden ohne Sicherheit“, der später in Baden-Württemberg wichtige SPD-Funktionen innehatte. Schumachers Positionen waren also keineswegs unumstritten, nicht einmal in der eigenen Partei.

Schumacher, mit dem ich einige Male persönlich zusammengekommen war – aus der Wochenzeitung „Christ und Welt“ erfuhr ich später, er hätte große Hoffnungen für die SPD mit mir verbunden, ich sei aber leider zur Stütze der hessischen KP geworden – ließ mich zu sich kommen. Hier ist der Kern des Gesprächs, das zwischen uns stattfand.

Schumacher: „Was ist los mit Dir?“ Ich: „Es herrscht Kriegsgefahr, sie geht vom Kapitalismus aus. Wo stehen wir?“

Er: „Wir bilden das Lager der Dritten Kraft.“ Ich: „Was ist das Lager der Dritten Kraft?“ Er: „Das ist das von der Labour-Party regierte England, das sind die skandinavischen Staaten, wo die Sozialdemokraten teilweise schon lange und mit absoluten Mehrheiten regieren. Und das sind die elf Westzonen-Länder. In jedem stellen wir den Wirtschaftsminister. Du als Marxist musst wissen, was das bedeutet.“ Ich: „Ich bin nun schon lange genug in Schweden, wo die Sozialdemokratie seit langem allein regiert. Dennoch ist dies ein kapita-

listisches Land. Wenn meine These stimmt, dass die Kriegsgefahr vom Kapitalismus ausgeht, bleibt meine Frage. Wo stehen wir?“ Er: „Es wird zum Krieg kommen, da werden wir an der Seite der Engländer und die Kommunisten an der Seite der Russen stehen. Was soll diese Diskussion?“ Dieses Gespräch fand im November oder Dezember 1947 in Stockholm statt. Schon damals ging es für den SPD-Vorsitzenden nicht mehr um den Frieden, war er schon der Überzeugung, es drohe ein neuer Krieg herauf.

Damit waren für mich die Würfel gefallen. Ich fuhr nach Hause und trat Anfang Februar 1948 in die KPD ein.

Ich habe mich oft gefragt, wie ein solcher Verlunderungsprozess der Sozialdemokratie weg von den oben in Dokumenten festgehaltenen Positionen möglich sein konnte. Ich habe mich – wie sicherlich die meisten – lange Zeit mit der These vom Verrat, von der Preisgabe eigener Prinzipien und der Übernahme bürgerlicher (also nicht einfach vom Prinzipienverrat) begnügt. Natürlich gab es Verrat, natürlich wirkten auch schon bald jene goldenen Ketten, die das Kapital über das Wirken in Parlamenten, Regierungen und anderen seiner Einrichtungen als Privilegien jenen zuschustern kann, die ihre eigenen heiligen Schwüre vergessen.

Gemeinhin wird Schumacher als der führende Mann an der Spitze der SPD eingeschätzt. Dazu war er aus mehreren Gründen gut geeignet – nicht nur seines unbezweifelbaren Redetalents, seiner demagogischen Fähigkeiten wegen, sondern auch wegen seiner Vergangenheit als Erster-Weltkriegs-Offizier; das freilich waren nicht wenige führende Kommunisten auch: Als Freiwillige gingen diese jungen Abiturienten in den Krieg, wurden rasch Leutnante und noch mehr...und kehrten doch als entschiedene Kriegsgegner zurück. Schumacher hatte in diesem Krieg einen Arm verloren. Er war auch für die „Bürgerlichen“ eine Respektsperson, ja, er genoss im KZ-Dachau sogar gewisse Privilegien. Sodann war er kein Emigrant, der da „draußen in sicheren Gefilden“ wirkte, sondern saß die meiste Zeit während der Naziherrschaft im Konzentrationslager. Das verschaffte ihm Ansehen und Respekt im antifaschistischen, im Arbeiterlager.

Aber Kurt Schumacher war eher eine Art Haudegen, eine Art sozialdemokratischer Hindenburg. Und wie diesem als Strategie und Organisator Ludendorff beiseite stand, so war der Mann neben und hinter Schumacher Erich Ollenhauer, der aus der englischen Emigration nach Deutschland zurückgekehrt war.

## **Aber nicht nur er. Und hier ist nun erneut einiges zur Erläuterung nötig:**

Zu den Neukantianern, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts innerhalb oder am Rande der SPD, deren Theorie und Praxis beeinflussten (Revisionismus), gesellte sich Leonard Nelson, der aus der Philosophie Kants Maßstäbe für das Handeln der Menschen ableiten wollte. In den zwanziger Jahren gründete er mit seinen Schülern (er war Hochschullehrer) zunächst

einen „Internationalen Jugend-Bund“, später den „Internationalen Sozialistischen Kampf-bund“. Dieser sollte Kämpfer für den Sozialismus ideologisch vorbereiten und organisatorisch zusammenfassen. Dies war eine streng disziplinierte Organisation. Aber dieses an sich begrüßenswerte Unternehmen wirkte auf der Grundlage der Ablehnung des Marxismus, der Herleitung des sozialistischen Ziels aus der Ethik. Ziel sollte ein stets zu erstrebendes Ideal sein. Diese Orientierung konnte in den Reihen des Proletariats keine große Anhängerschaft begeistern, so blieb der „ISK“ eine kleine sektenartige Gruppe. Sie setzte sich vorwiegend aus bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Studenten und Intellektuellen zusammen. Aber sie waren wirklich zum Kampf gegen den Kapitalismus und für jenen Sozialismus bereit, wie ihn Nelson lehrte.

Mit dem Machtantritt der Nazis wurde der „ISK“ wie alle antifaschistischen Kräfte verboten und verfolgt. „ISK“-Mitglieder gingen in die Illegalität. Ein erheblicher Teil ihres führenden Kerns emigrierte später nach England. Dort schlossen sie sich – ohne ihre Eigenständigkeit aufzugeben – der Sozialdemokratie an und errangen rasch infolge ihrer theoretischen Qualifikationen auch Funktionen in oder am Rande der sozialdemokratischen Emigration. Sie kehrten, von der englischen Besatzungsmacht besonders gefördert, teilweise als Angehörige der amerikanischen oder englischen Armee früher als etwa die kommunistischen Emigranten nach Deutschland zurück. Rasch waren sie auch hier der im Neuentstehen begriffenen SPD willkommen und errangen führende Positionen. So wurde etwa Willi Eichler, der Kopf des „ISK“, Chefredakteur des Theorie-Organs der SPD „Geist und Tat“; einige dem „ISK“ angehörende bedeutende Pädagogen – beispielsweise Minna Specht – wurden bestimmend für die erzieherische Arbeit der SPD. Ich hatte, in meiner Arbeit als Vorsitzender der „Falken“ in Hessen Anna Bayer, eine sehr sympathische, politisch kluge Beraterin (usw. usf.). Kurzum: Das ideologische Profil der SPD wurde mehr und mehr von Kräften aus dem „ISK“ geprägt, die noch von der alten Arbeiterbewegung gebildeten Kräfte mit ihren Restbeständen an marxistischer Orientierung wurden immer mehr an den Rand gedrängt und in durchaus lukrative, aber politisch wenig einflussreiche Positionen abgeschoben.

Kurt Schumacher war da keine Gegenkraft und Erich Ollenhauer selbst war längst zur rechten Hand des „ISK“ geworden. Aber der „ISK“ war eine antimarxistische Kraft. Und das sollte nach meiner Einschätzung beim Prozess der Preisgabe jener noch wenigstens teilweise vom Marxismus gekennzeichneten SPD-Positionen von 1945 mit bedacht werden. Dies trat erstmals 1947 auf einer Konferenz in der hessischen Stadt Ziegenhain und der dort verfassten „Ziegenhainer Erklärung“ zutage. Nicht erst mit „Godesberg“ 1959, wie in der Geschichtsschreibung über die SPD gewöhnlich gesagt wird – schon mit „Ziegenhain“ 1947 verabschiedete sich die SPD von Restbeständen des Marxismus.

Werfen wir noch einen Blick auf die damalige Entwicklung in den Gewerkschaften. Auch dort versuchte der „ISK“ führenden Einfluss zu gewinnen: beispielsweise war aus England der führende „ISK“-Mann Paul Kronberger gekommen. Als jedoch versucht wurde, die neu entstehende Gewerkschaft in die Hände zu bekommen, misslang dies nicht nur,

weil damals in den Gewerkschaften nicht wenige aktive Kommunisten selbst in Führungsspitzen vertreten waren – Willi Agatz beispielsweise war stellvertretender Vorsitzender der IG Bergbau –, sondern auch, weil es im Gewerkschaftsbereich noch Arbeiterfunktionäre der alten Schule, also solche mit gewissen marxistischen Grundüberzeugungen und Klassenkampf Erfahrungen gab. Daraufhin kam es zur Gründung einer Spaltungsorganisation in Gestalt der Angestelltengewerkschaft, in welcher die „ISK“-Leute führend sein konnten.

## **Warum kam es in der KPD zu einem Rückfall in linkes Sektierertum?**

Heißt dies, dass wir in all den Jahren seither in programmatischer und in politischer Hinsicht keine Fehler begangen hätten? Wo wäre so etwas möglich gewesen, keine Fehler zu machen? Wo aber lagen die Gründe!

Zum einen wurde trotz allem die tief reichende antikommunistische Verseuchung der Volksmassen unterschätzt. Das zeigte sich, als 1951 eine zwar von der Regierung verbotene, mit Verhaftungen und Verurteilungen verfolgte, dennoch erfolgreiche Volksbefragung gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands stattfand. Dies war eine wirkliche, breite, an den Grundinteressen unseres Volkes orientierte Bündnispolitik. Dabei stimmten von elf Millionen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes neun Millionen befragte, Bürgerinnen und Bürger gegen die Wiederaufrüstung. Diese eindeutig antimilitaristische Einstellung des Volkes wurde als weiterentwicklungsfähig bewertet und darum auf einen „Volksentscheid“ gegen das Adenauer-Regime orientiert – und dies schlug fehl: Die Massen waren wohl gegen die Remilitarisierung, aber nicht gegen das Adenauer-Regime und nicht für eine in Richtung Sozialismus zielende Politik. Es gelang nicht, das massenhaft in der Arbeiterklasse vorhandene sozialdemokratische, bestenfalls reformistische Bewusstsein zurück zu drängen. Es wurde dies wenigstens zum Teil darauf zu gründen versucht, dass die Parteiführung sich nicht radikal genug mit diesem „Sozialdemokratismus“ auseinandersetzte. Ungeduld und Enttäuschung über diese Massenstimmung wirkte dann zusammen mit andern Faktoren, die eine Hinwendung zum Sektierertum verursachen sollten. Worum ging es?

Entscheidende Gründe waren, dass im Jahre 1947 Churchill und der damalige US-Außenminister Byrnes in öffentlichen Reden (in Fulton und Stuttgart) den Kalten Krieg eingeleitet hatten, dass erste Maßnahmen zur Zementierung der deutschen Spaltung verstärkt wurden. Die westzonale Währungsreform von 1948 war die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands. Denn zwei Währungen in einem Land – das geht nicht. Die Westberliner nutzten ihre alten Reichsmarkbestände, um in Ostberlin die billigen Lebensmittel zu kau-

fen und sich der dortigen Dienstleistungen zu bedienen (Beispiele: Friseur, billige Nahverkehrsfahrten). Die Ostzonenbehörden konnten gar nicht anders, als nun auch eine eigene Währung einzuführen. Daraufhin wurde durch festgesetzten, sehr die Westmark begünstigenden Umtauschkurs, massenhafter Umtauschbetrug durch Westberliner und Westdeutsche geradezu organisiert. Die inzwischen entstandene DDR konnte als Staat gar nicht anders handeln als (wie am 13. August 1961 später vollzogen) die Grenze zum Westen zu schließen.

Der Bruch der Vereinbarungen von Potsdam, die Preisgabe der programmatischen antifaschistischen, sogar antimonopolistischen Positionen durch die Führungen von CDU und SPD, die Einsetzung der alten Führungskräfte des Kapitals, die Wiederherstellung ihrer Eigentumsrechte bei Verhinderung der Sozialisierungsparagrafen in solchen Landesverfassungen wie jenen von Nordrhein-Westfalen oder Hessen, die Heranziehung ehemaliger Fachkräfte und Generale Hitlers – das alles bedeutete die schrittweise Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Grundlagen des deutschen Monopolkapitals und seines Militarismus, denn es gab auch schon erste Vorbereitungen für die Errichtung einer westzonalen Armee.

## **Was taten die Kommunisten dagegen?**

International waren es vor allem sowjetische und dann auch DDR-Vorstöße: Nach freien gesamtdeutschen Wahlen sollte ein einiges Deutschland auf der Grundlage einer Verfassung ähnlich jener der Weimarer Reichsverfassung von 1919 geschaffen werden. Deutschland sollte keinem Bündnis angehören dürfen, das sich gegen einen der am Krieg gegen Nazi-Deutschland gerichteten Staaten richte. Die KPD jedoch bemühte sich nach Kräften, über die größtenteils geheim gehaltenen Wiederaufrüstungsvorhaben und die sowjetischen bzw. ostzonalen oder DDR-Vorschläge zu informieren. Insbesondere war sie später die treibende Kraft bei der Enthüllung der bereits wieder angelaufenen Rüstungsproduktion vor dem Forum des Bundestages und für eine Volksbefragung gegen die deutsche Remilitarisierung.

Unter den ganz offen auf Revanchismus, Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus gerichteten Bedingungen der vereinten imperialistischen Kräfte des Westens, befürchtete die sowjetische Führung unter Stalin, dass solche Bemühungen wie jene Titos und Dimitroffs zur Schaffung einer größeren slawischen Balkanföderation zur Verselbständigung und schließlichen Trennung wichtigen antiimperialistischen Potentials von der Sowjetunion hätten führen können, was auf eine Schwächung der zur Abwehr der US-aggressiven Politik nötigen Kräfte hinausführen musste. Die Folge war die sog. Tito-Affäre. Sie gipfelte in der Losung: Es gibt nur zwei Lager, wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Es gibt nur einen Weg zum Sozialismus, keine besonderen nationalen Wege, und es gibt auch nur einen Parteytypus, den der Partei neuen Typs. Dies wurde begleitet

durch ein im Grunde unverständliches, aber in den Auswirkungen verheerendes Ereignis: Die sog. Field-Geschichte.

Der polnische Geheimdienstoffizier Oberst Swiatlo wollte sich in den Westen absetzen und kontaktierte die Warschauer US-Botschaft. So erfuhr der führende US-Geheimdienstmann Allan Dulles davon und bestimmte Swiatlo, noch bis zur Erledigung einer Aufgabe auszuhalten. Die aus Ungarn stammenden Brüder Noel und Hermann Field hatten während des Krieges aktiv antifaschistische Emigranten betreut. Dulles ließ über Swiatlo verlauten, die Brüder Field seien Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes geworden. Eine Reihe der von ihnen betreuten kommunistischen Emigranten hätte er angeworben. Dulles verfolgte den Plan, diese verdienten, im Kampf bewährten führenden Kommunisten aus der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Polen in die Fänge der sowjetischen Justiz geraten zu lassen: über den Ausgang war er sich sicher. Er hoffte – und wie sich später zeigen sollte: zurecht –, Verfolgung und zu erwartende Hinrichtung dieser politisch geachteten Kommunisten werde in den jeweiligen Ländern die schon vorhandene Kluft zur Sowjetunion vertiefen und möglicherweise zu Unruhen führen. Dies alles hat der US-Autor Stewart Steven in seinem Buch „Sprengsatz. Operation Splinter Factor der CIA“ (Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1982) veröffentlicht. Dies ist keine „Räuberpistole“, sondern eine gründlich belegte Arbeit, die auch von bundesdeutschen Juristen durch weiteres Material unterfüttert wurde. Die meisten der beschuldigten Kommunisten wurden, zusammen mit einigen anderen, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Sowohl die späteren Feststellungen, dass die Verdächtigungen erlogen waren, aber auch die Art der späteren Rehabilitierung der Opfer gaben 1956 Anlass zu schweren Unruhen in Polen, vor allem aber in Ungarn, deren Niederwerfung wiederum zur erheblichen Schädigung der kommunistischen Bewegung beitrug.

Die Beendigung besonderer nationaler Wege antifaschistisch-demokratischer oder gar sozialistischer Art, die Preisgabe von Formen der Übergangspolitik, wie sie etwa auf den frühen Kominternkongressen, dann auf dem VII. Kominternkongress 1935 und auch in der bereits genannten Erklärung des ZK der KPD von 1945 entwickelt worden waren, wurden in diesen Wirren geopfert!

Für die entstehende DDR führte dies zur abrupten Ersetzung der Orientierung auf das Zusammenwachsen des kommunistischen und sozialdemokratischen Potentials in der SED, den Übergang zur Konzeption von der SED als einer Partei von neuem, d. h. dem Wesen nach am Stalin'schen Muster ausgerichteten Organisation – eine Verengung im ideologisch-politischen und organisatorischen Leben. International entsprach dem die Orientierung: Es gibt nur zwei Lager, wer nicht für uns ist, ist wider uns! „Zwischenpositionen“ wurden sowohl international als auch national nicht akzeptiert, was zum Bruch mit nicht wenigen Bündnispartnern führte. Als Beispiele seien genannt sowohl führende Politiker des neuen Indiens:

Nehru und Menon, als auch bedeutende Intellektuelle: in England Bertrand Russell, in Frankreich Jean-Paul Sartre, in den USA Linus Pauling...

Innerhalb Deutschlands wandten sich gestandene Kommunisten gegen diese abrupte Wendung im Bereich der gewerkschaftlichen Arbeit. Sie wurden kalt gestellt oder ausgeschlossen, obwohl sie – wie Willi Bleicher – teilweise zwölf Jahre in Konzentrationslagern und Zuchthäusern zugebracht, die Lehren aus den Fehlern vor 1933 gezogen hatten. In der KPD führte dies zur plötzlichen Ersetzung fast aller leitenden Organe wegen des Verdachts des Opportunismus oder der Vermutung, titoistisch beeinflusst, in der Westemigration imperialistischen Geheimdiensten ins Netz gegangen zu sein. An ihre Stelle traten zumeist junge, erst in sowjetischer Kriegsgefangenschaft zu Kommunisten gewordene Genossen, denen es schon aus Altersgründen zumeist an Erfahrungen auf betrieblicher oder gewerkschaftlicher Ebene fehlte. Ihre politische „Erfahrung“ schöpften sie aus dem Buch „Geschichte der KPdSU. Kurzer Lehrgang“ (1938) und dem, was sie sich an Wissen auf sowjetischen Antifa-Schulen angeeignet hatten. Manche von ihnen entwickelten sich dann zu standhaften und politisch tragenden Kräften der KPD. Auch hier wieder ein paar Namen: Jupp Angenfort und Kurt Fritsch, Sepp Mayer und Kurt Erlebach.

## **Was bedeutete das für die politische Praxis der KPD?**

Man stelle sich die kommunistische Partei von damals vor. Zunächst um die Hunderttausend Mitglieder, Positionen in Kommunalparlamenten, in Landtagen – später, 1949-1953, sogar im Bundestag – Bürgermeister in wichtigen Städten und Gemeinden. Nun passiert es, dass ziemlich gleichzeitig die alten, erfahrenen, gestandenen Funktionäre, solche mit zehn zwölf Jahren Zuchthaus- oder KZ-Haft, verdienstvolle Kämpfer der spanischen internationalen Brigaden oder langer Emigrationszeit, plötzlich „aussteigen“. Es bedarf keiner großen Phantasie, um nachzuvollziehen, welche demoralisierende Wirkung und welcher Qualitätsverlust für die Parteiarbeit damit verbunden war. Ich will das hier nicht ausweiten, aber es war eine rechte Katastrophe...

Dazu kamen Fehlentscheidungen, die sich auch aus der irrealen Orientierung auf den „revolutionären Sturz“ des Adenauer-Regimes ergaben. Der aggressive Antikommunismus der SPD begünstigte das Wiederaufleben sektiererischen Umgangs mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Dies alles war gewiss auch nachhaltig provoziert durch einen erfahrenen Klassegegner. All diese gesellschaftlichen und politischen Prozesse trugen in zunehmendem Maße zur Isolierung der Partei bei.

Die Sorge vor opportunistischen Gefahren führte zu schwerwiegenden Fehlbeschlüssen. Die Parteitagsthese 37 (des Münchner Parteitags im März 1951, die Gewerkschaftsarbeit betreffend), kritisierte die rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf eine Weise, dass es für sie ein Leichtes war, kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre vor die Wahl zu stellen, diese Kritik anzuerkennen und damit ihre Funktionen zu verlieren oder sich von dieser Kritik zu distanzieren, was dann für Kommunisten die Frage der Parteizuge-

hörigkeit aufwarf. Die überwiegende Mehrheit der Genossen widerstand zwar diesem Druck, doch wir verloren dadurch viele Gewerkschaftsfunktionen!

Auch hier sei zur Veranschaulichung wieder eine Einfügung gestattet. Ich will einige Volksbefragungsaktionen schildern.

Solche Aktionen waren, wie schon mitgeteilt, verboten, aber sie wurden in breitesten Kreisen der Bevölkerung unterstützt. Wenn wir beispielsweise Arbeiter von Opel Rüsselsheim befragen wollten, kündigten wir das Tage vorher durch ein Flugblatt an. Die Polizei war damit zwar gewarnt, aber wann wir kommen würden, wusste sie nicht, das war durchaus zermürend für diese armen Teufel. Dann jedoch, wenn wir kamen und morgens bei Schichtwechsel um sechs Uhr vor den Toten standen, bildeten sich um uns rasch regelrechte Menschenhaufen, für die Polizei war da kein Durchkommen, wir konnten unbehelligt unsere Stimmzettel austeilen und diese dann in den Urnen einsammeln und sie dann auch, eskortiert von Hunderten Arbeitern, in Sicherheit bringen.

Ein anderes Mal wollten wir die Stadt Hanau befragen und hatten dazu die Frauen des Demokratischen Frauenbundes gewonnen – das waren damals ganz schnell zwei- bis dreihundert Frauen. Die Busse standen in der Nähe des Frankfurter Hauptbahnhofs bereit und wir sagten zwei, drei Frauen: „Es geht nach Darmstadt, aber nicht weitersagen!“ Natürlich dauerte es keine fünf Minuten, die ganze Korona wusste Bescheid, und damit dann auch die Politische Polizei. Sie alarmierte die Bereitschaftspolizei und die eilte nach Darmstadt. Wir aber fuhren nach Hanau, und ehe die gefoppte Polizei wusste, was geschah, waren wir mit der Befragung in Hanau bereits am Ziel.

Ein drittes Beispiel. In einer Versammlung, die natürlich von der Polizei beschattet wurde, fragte der Redner: „Ich weiß und ihr wisst es auch, dass die Volksbefragung gegen die Wiederaufrüstung verboten ist. Ich werde also jetzt keine Befragung durchführen. Aber nur mal so angenommen, wenn ich fragen dürfte, wenn ich euch jetzt also fragen würde, was, wie wir alle wissen, ja verboten ist, würde ich also fragen wie ich es jetzt zum Schein tun werde, ob ihr zusammen mit mir gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands wäret, wohl gemeint, ich frage das nicht, ich frage nur, wenn ich euch fragen würde, würdet Ihr mir dann zustimmen!“ Riesige Heiterkeit, die Arme einiger Hundert Versammlungsteilnehmer gingen hoch und ein höllisches Gelächter brach los. Was aber wollte der arme Kerl von der Polizei tun? Kommandos anfordern? Denn es hatte doch, durch Hunderte Männer und Frauen bezeugt, keine Volksbefragung statt gefunden.

## **Ein letztes Beispiel:**

Wiederum geschah dies in einer Versammlung. Die Befragung fand, da kein Schupo in der Nähe war, ordentlich mit Urnen statt. Da erschienen die Hüter der Ordnung und wollten die Urnen beschlagnahmen. Nun muss aber bei einer Beschlagnahmung Protokoll geführt werden: Also was wurde beschlagnahmt. Eine Urne? Nein, eine Urne mit Inhalt. Wir wollen

sicher gehen, dass der Inhalt nicht gefälscht wird. Wir verlangen ein Protokoll über den Inhalt. Und so bekamen wir, polizeilich bestätigt, ein Protokoll über eine Urne mit dem Inhalt von so und so vielen Stimmzetteln mit so und so vielen Ja- bzw. Nein-Stimmen. Eine polizeilich bestätigte Volksbefragung... Ja, auch Einfallsreichtum ist ein politisches Kampfmittel.

Zu dieser Zeit war der Verbotantrag gegen die KPD bereits gestellt (1951). Da es schon wieder Verhaftungen und Organisationsverbote gab, wurden Umstellungen auf illegale Arbeit erforderlich, was notwendig – da bestimmte Genossen bereits wieder „untertauchen“ mussten – zur Schwächung der Kampfkraft führte.

Zusammen mit den schon erwähnten weitreichenden Kaderveränderungen in der Partei (insbesondere im Anschluss an die sog. Tito-Affäre), des weiteren als Folge von links-sektiererischen Rückfällen in unserer Politik bewirkte dies den Verlust wichtiger Bündnismöglichkeiten und statt der Gewinnung von Massen für die Partei ihre Isolierung von den Massen... Das aber hat in keiner Weise den Verzicht der KPD auf den Kampf um die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage, um die Verhinderung der Remilitarisierung Deutschlands bewirkt. Das zeigte sich besonders deutlich in solchen Aktivitäten wie der bereits erwähnten Volksbefragung gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands. Es fuhren auch immer wieder, besonders von jungen Kommunistinnen und Kommunisten organisiert, Jugendliche auf die Insel Helgoland, die dem englischen Imperialismus als Bombenziel angeboten worden war, um sich mit ihren Leibern dem Wahnsinn zu widersetzen. Wo die Besatzungsmacht Sprengkammern in die Straßen und Brücken oder am Fuße der Loreley anlegten, zementierten junge Genossinnen und Genossen diese zu. Dafür gingen sie in die Gefängnisse. Auf großen Jugendtreffen der FDJ erklangen Lieder mit solchen Texten: „Go home, Amy, Amy go home, Spalt für den Frieden Dein Atom“, und: „Liebes Bonn, Bonn, Bonn am schönen Rhein, Für ´ne Hauptstadt biste viel zu klein... Berlin wird immer unsere Hauptstadt sein!“ Und aus Berlin in den Westen heimkehrende zehntausend Jugendliche wurden bei Herrnstadt an der Elbe drei Tage lang vom Bundesgrenzschutz daran gehindert, wieder in die Bundesrepublik heimzukehren – wer hatte da zuerst eine Mauer gebaut?

## **Auf der SED-Parteihochschule**

Ich wurde von der KPD zum Studium nach Berlin geschickt und dort von der SED zu einem zweijährigen Studium an deren Parteihochschule „Karl Marx“ delegiert. Dazu möchte ich einige wenige eindrucksvolle Erlebnisse erzählen.

Als Hanna Wolf Direktorin der Schule wurde, führte sie sich mit den Worten ein: „Der Marxismus ist eine kämpferische, eine polemische Wissenschaft. Alle Werke der Klassiker des Marxismus sind im Kampf entstanden. Ihr müsst Euch bei deren Studium immer fra-

gen: Im Kampf wogegen und gegen wen ist dieses Werk, diese Theorie herausgearbeitet worden?“

Diesen Hinweis habe ich mir fest eingepägt. Es kommt noch eine zweite Bemerkung hinzu, die für mich die gleiche Bedeutung hat. Sie entstammte einer späteren Zeit. Im Gefängnis hatte ich eine „Logik“ ausgearbeitet. Nach meiner Entlassung zeigte ich diese Jupp Schleifstein, der nun mein „Vordermann“ werden sollte. Der schaute sich die Arbeit an, nickte einige Male zustimmend, sagte aber nichts. Am folgenden Tag, beim Mittagessen, meinte er wie zufällig: „Der Marxismus ist eine historische, eine durch und durch historische Wissenschaft“. Mehr sagte er nicht, aber ich verstand: Wozu befasst Du Dich mit derlei abstrakten Dingen, arbeite historisch ! Auch dies wurde mein Leitfaden zur Arbeit auf ideologischem Gebiet.

Zurück zu Vorgängen auf der Parteihochschule. Ich gehörte gegen Ende meiner Zeit an der Parteihochschule dem Lehrkörper für Philosophie an. Einer von uns Lehrern, vielleicht war sogar ich es, hatte den famosen Einfall, an das Politbüro der SED zu schreiben, der Ministerpräsident, Genosse Grotewohl, möge doch einmal im Lehrkörper darüber informieren, wie Politbüro und Regierung in ihren Beschlüssen den historischen Materialismus beachteten. Wir erhielten die Antwort, der Genosse Grotewohl käme, und nun ging es nicht mehr nur um den Lehrkörper, sondern Hanna Wolf ordnete an, dass das gesamte Lehr- und Studentenpersonal in der Aula den Ausführungen des Genossen Grotewohl folgen sollte. Grotewohl kam und hatte zwei Künstler mitgebracht – er war selbst als Maler aktiv – und sagte sinngemäß: Als wir Euren Brief bekamen, haben wir uns im Politbüro erst einmal ratlos angeschaut und dann gesagt, die Genossen haben mit ihrer Frage ja recht, doch, Genossen, wenn wir das tun, den historischen Materialismus in unseren Entscheidungen beachten, so wissen wir das nicht. Die gesamte Zuhörerschaft lachte. Grotewohl sprach wenig später über den Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, den wir ja alle gut kannten, um dann über ein solches Papier der SPD zu sprechen, das zwei Tage später veröffentlicht wurde und das für uns einigen Unsinn enthielt, weshalb wir lachten. Grotewohl: „Ja, Genossen, lacht nur, heute lache ich auch darüber, aber damals habe ich es geschrieben!“ Das war eine entwaffnende Äußerung und wir lachten gemeinsam, aber Grotewohl hatte von diesem Moment an die volle Sympathie aller anwesenden Genossinnen und Genossen.

Ein anderes Mal kam der Genosse Zeisser, Erster-Weltkriegs-Offizier, im spanischen Bürgerkrieg General in den Internationalen Brigaden, jetzt Innenminister der DDR. Er hielt eine Vorlesung über Lenins „Staat und Revolution“. Er kam an die Stelle, an der Lenin die marxistische Position zum Absterben des Staates entwickelte und erläuterte sie ausführlich. Man stelle sich das vor: Der für den Schutz des Staates verantwortliche Minister legt ausführlich dar, wie man den Staat absterben lassen könne. Das wäre, um einen Vergleich heranzuziehen, dasselbe, wie wenn der oberste Bankmensch des Westens über die Abschaffung des Geldes reden würde...

## **XX. KPdSU-Parteitag und KPD-Verbot (1956)**

Im Jahre 1956 waren es gleich zwei außerordentliche Ereignisse, die im Abstand von wenigen Monaten die Partei erschütterten: Im Februar der XX. Parteitag der KPdSU und im August das Verbot der Partei. Der XX. Parteitag hat seitdem immer wieder zu heftigen Diskussionen geführt, das ist auch verständlich, stellte er doch, was immer man von welchem Standpunkte aus auch dazu sagen mag, einen Einschnitt in der Geschichte der kommunistischen Bewegung dar: Für die einen begann damit der letztlich die Parteien zersetzende Revisionismus seinen Siegeszug, der im „Gorbatschowismus“ endete, für die anderen wurde mit diesem Parteitag eine nicht nur dramatische und äußerst erfolgreiche, sondern eben auch von Verbrechen geprägte Periode der Parteigeschichte beendet.

Es geht also nicht so sehr um die vom Parteitag vorgenommenen neuen Einschätzungen, die von den Kritikern in der Regel aus ihren Zusammenhängen herausgerissen und dann als isolierte Thesen auch noch teils irre übertrieben werden, so, als hätte der Parteitag beispielsweise den friedlichen und parlamentarischen Weg vom Kapitalismus in den Sozialismus hinein gepredigt, den Verzicht auf die Diktatur des Proletariats und in Vergessenheit geraten lassen, dass der Imperialismus, so lange es ihn gibt, stets die Ursachen für fürchterliche Kriege in sich birgt. Nein, der Parteitag untersuchte die im Verlauf der vorausgegangenen Jahre eingetretenen Veränderungen in der Welt, das zugunsten der Kräfte des Antiimperialismus und des Sozialismus veränderte Kräfteverhältnis und folgerte, dass dies neue Möglichkeiten – ohne die alten Fragen z. B. des notwendig werdenden auch bewaffneten Kampfes gegen die Konterrevolution zu verschweigen – für die Verteidigung des Friedens, für den Weg zum Sozialismus eröffne. Indem die Kritiker des Parteitags das Feuer auf diese auch noch im Sinne ihrer Kritik „korrigierte“ Positionen richteten und richteten, konnten sie sich um die Debatte über die im Parteitag vorgenommene Abrechnung mit den in der Stalin-Zeit und unter Stalins Verantwortung begangenen Verbrechen herumdrücken. Sie konnten dabei auch die in der am Ende des Parteitags vorgetragenen „Geheimrede“ Chruschtschows wirklich vorhandenen Mängel an den Pranger stellen. Dabei verwiesen und verweisen sie auf Togliatti und Thorez als Kritiker dieser Rede. Beide hatten tatsächlich Kritik geübt, aber woran? Am kolportagehaften Charakter, am Mangel gründlicher Analyse, aber nicht an der Kritik, die an den Verbrechen der Stalin-Zeit geübt wurde! Wegen solcher Mängel hat das ZK der KPdSU schon wenige Monate nach dem Parteitag einen umfassenden Beschluss verfasst. Dieser analysierte die objektiven Bedingungen, die Entwicklung des subjektiven Faktors, also der Partei und dann die Rolle der Persönlichkeiten, insbesondere Stalins während der kritisierten Zeit. Natürlich war es ungewöhnlich, dass ein solcher Beschluss wenige Monate nach dem Parteitag nötig wurde. Es gab dafür aber Gründe, die sich nicht nur aus der Art herleiteten, wie Chruschtschow in seiner Geheimrede auftrat, sondern auch daraus, dass diese Geheimrede ja der internationalen kommunistischen Öffentlichkeit, den Bruderparteien der KPdSU gar

nicht bekannt war. Man wusste um Stalin-Kritik, aber kannte nichts Genaues. Diesem Umstand konnte mit dem genannten Beschluss abgeholfen werden. Was jedoch die von den Kritikern gern ins Feld geführten Kritiken Togliattis und Thorez an der Geheimrede angeht, so kritisierten sie eben nicht die Abrechnung mit den begangenen Verbrechen! Die Kritiker missbrauchen das Ansehen von Togliatti und Thorez', indem sie in diese Reden etwas hineinlegen, was nicht in ihnen steht, ein klassisches Beispiel von Demagogie. Was immer man an der Art und auch an bestimmten Inhalten dieses Parteitag kritisieren mag, das Entscheidende ist etwas anderes, und davon wollen die Kritiker ablenken: Der Parteitag machte Schluss mit der Periode der Willkür, der Rechtlosigkeit, beseitigte auch manchen Demokratiemangel in der Partei. War es unter Stalin üblich, die vermeintlichen oder wirklichen (die gab es natürlich) Gegner Stalins und seiner Konzeptionen physisch zu vernichten, so war das von nun an nicht mehr der Fall: Chruschtschow hat seine Widersacher ausgeschaltet aber nicht vernichtet. Malenkow beispielsweise wurde Direktor eines großen Energiebetriebes. Das bedeutet nicht, dass von da an in der KPdSU (oder in anderen kommunistischen Parteien) die hehre Demokratie eingekehrt wäre. Das Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus wurde nicht wirklich durchgesetzt, es blieb bei einem abgemilderten Zentralismus mit einer leichten demokratischen Ergänzung. Aber schon das war gegenüber der vorherigen Zeit positiv.

## Zum KPD-Verbot

Das KPD-Verbot war Bestandteil der imperialistischen Politik des Zurückrollens, wo möglich der völligen Zerstörung des Sozialismus in Osteuropa. Dazu mussten die territorialen, politisch-ideologischen, militärisch-strategischen, wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Die durch eine Reihe von Einzelschritten – Bruch des Potsdamer Abkommens und westliche Währungsreform sollen als Beispiele genügen – vollzogene Spaltung Deutschlands, die Wiederherstellung des deutschen Imperialismus und Militarismus mit seinem beträchtlichen Potential im Westen des Landes, die sich auf günstige Voraussetzungen in Deutschland gründende rabiate antikommunistische Hetze – auf einige diese begünstigenden Bedingungen habe ich schon hingewiesen –, die Schaffung entsprechender juristischer Bedingungen wie ein erstes Strafrechts-Änderungsgesetz (wegen der Eile, in der es hergestellt wurde, auch als „Blitzgesetz“ benannt) waren Aktivitäten im Rahmen dieser Politik, der sich die KPD mit ganzer Kraft entgegenstellte. Die Partei war damals noch eine Massenpartei und verbunden mit einer größeren Anzahl von Vereinigungen, die an ihrer Seite im Kampf gegen die Wiedererrichtung von Imperialismus und Militarismus standen. Sie war in Landtagen und in der ersten Legislaturperiode 1949-1953 auch im Bundestag vertreten, hatte starke Positionen in Betrieben und Gewerkschaften.

Die Unterdrückung der KPD war eine zentrale Aufgabe imperialistischer Politik. Es war dies, wie beim KPD-Verbot offensichtlich, nicht nur eine von der Bundesrepublik ausgehende Politik. Zwischen dem Verbotsantrag und dem Beginn des Prozesses lagen Jahre. Die Gründe der Verzögerung kennen wir nicht, doch ist zu vermuten, dass es im Gericht selbst Fragen nach der Zweckmäßigkeit des Verfahrens gab, vier der zwölf Richter (am Prozess nahmen nur elf teil, ein Richter fehlte wegen Krankheit) kamen aus der SPD und die hatten mehrere Male vorsichtige Einwände gegen ein Verbot geäußert. Aber es half nichts, die amerikanische Seite drängte auf den Prozess, und Adenauer nicht minder.

Das lässt sich leicht belegen: Der Sonderbotschafter der USA, Murphy, suchte den Bundeskanzler auf, ebenso der Außenminister der USA Dulles, der Präsident des Senats, vor dem der Prozess stattfinden sollte, Wintrich, verhandelte mit Adenauer über den Prozessbeginn – er wurde, wegen der Länge des Verfahrens, zwei Wochen bevor es um seine Wiederwahl als Präsident des Verfassungsgerichts ging, bei Adenauer einbestellt – na, und worüber dürften die beraten haben? Jedenfalls ging dann alles sehr schnell. Außerdem hatten die USA auch durch Materialien direkt auf den Prozess eingewirkt. Die US-amerikanisch gelenkte und nur scheinbar unsichtbare „invisible hand“ wurde von der Adenauerregierung auch gar nicht verheimlicht. Jene amerikanische Stelle, die in den USA die Kommunistenverfolgung betrieb, der „Ausschuss zur Bekämpfung umstürzlerischer Tätigkeit“ fasste 1953 die Elemente der antikommunistischen Strategie in einem Dokument zusammen, das von der „Bundeszentrale für Heimatdienst“, der Vorläuferin der „Bundeszentrale für politische Bildung“, in deutscher Sprache herausgebracht wurde. Er bildete eine Grundlage bei der Prozessvorbereitung der Bundesregierung. Dies zeigte sich am 24. Verhandlungstag des Prozesses (der US-amerikanische Geheimdienstbeamte Borkenau war ständig während des Prozesses in Karlsruhe und auch des öfteren im Gerichtsgebäude selbst anwesend).

Dennoch gab es offenkundig eine Art Beweisnot: Die KPD sollte doch verboten werden, weil sie den bewaffneten, gewaltsamen Umsturz der Bundesrepublik plante. Aber wie das „beweisen“? Es gab nur eine Möglichkeit, eine kleine, aber die sollte hinreichen. In dem 1952 verkündeten „Programm der Nationalen Wiedervereinigung“ war die Rede vom revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes. Die Partei hatte sich zwar schon vor dem Prozess auf einem Parteitag von diesem vollmundigen Satz verabschiedet, ihn als falsch erklärt – was dem Gericht bekannt war – das sollte aber im Prozess unter den Tisch fallen. Als die KPD-Seite verlangte, die Regierung oder die Landesregierungen sollten Beweise dafür vorlegen, dass die KPD den Umsturz geplant hätte, ging das Gericht auf diesen Antrag nicht ein. Man brauchte das Verbot und man brauchte die Handhaben. Darum wurden die Mitautoren des genannten Programms, darunter die Prozessbevollmächtigten der Partei Fisch, Rische und Ledwohn wegen Vorbereitung des Hochverrats angeklagt, Rische und Ledwohn inhaftiert (und später deswegen verurteilt). Doch selbst der juristische Hilfs Geselle der Regierung, von Winterfeldt, sollte Jahre später sagen: im „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 17. August 1965, also neun Jahre nach dem formellen Parteiverbot: „Das Pro-

gramm der Nationalen Wiedervereinigung enthielt nach unserer damaligen Auffassung und der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes echt Merkmale hochverräterischer Prägung. In heutiger Sicht erscheint es mir in hohem Maße zweifelhaft, ob hochverräterische, also Merkmale gewaltsamen Umsturzes, Bestandteile des Programms waren.“ ....Das sollte jedoch nicht genügen, deshalb wurden Dokumente der Partei gefälscht. Wo etwa in solchen Dokumenten die Rede von der „bestehenden Ordnung“ der Bundesrepublik die Rede war und davon, sie, weil undemokratisch, zu überwinden, wurde fälschend in den Text hineingeschrieben „verfassungsmäßige Ordnung“ so, als ob es der Partei um den „Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung“ ginge. Man zog Passagen aus KPD-Dokumenten, die im Original seitenlang voneinander getrennt waren, zu einem einzigen Zitat zusammen, um von der Regierung behauptete, nicht beweisbare Positionen der Partei unterstellen zu können. Im Verfahren wurde der Marxismus-Leninismus, also eine politische Ideologie, trotz der Grundgesetzbestimmung, derzufolge Weltanschauungen jeglicher juridischer Beurteilung entzogen seien, erstens juristisch bewertet und zweitens durch ihre Verfälschung als verboten, also für illegal und damit letztlich für kriminell erklärt! Der annexionistische Charakter des Prozesses wurde darin deutlich, dass die Verfassung der UdSSR, die Statuten der KPdSU und der Komintern durch die Regierungsvertretung zum Prozessgegenstand gemacht wurden. Wegen der in ihr enthaltenen Festlegungen, die deutsche Einheit betreffend, wurde von den Regierungsvertretern die Präambel des Grundgesetzes als etwas bewertet, das kein Teil des Grundgesetzes sei! Dazu kam „folgerichtig“ die Erklärung, das Potsdamer Abkommen – ein völkerrechtliches Dokument! – gehe die Bundesregierung nichts an, da sie an seiner Erarbeitung nicht beteiligt gewesen sei! Damit warf die Bundesregierung die internationalen Abmachungen über die Beseitigung der Wurzeln von Faschismus, Militarismus und Krieg über den Haufen, die doch auch – wie gezeigt – 1945-1947 programmatische Festlegungen aller deutschen politischen Parteien gewesen waren. Am 1. Juli 1955 wurden im Prozess durch die Vertreter der Bundesregierung sogar Streiks zu politischen Fragen für verboten erklärt!

## **Wer waren die Vertreter der beiden „Parteien“, also der Bundesregierung als Verfolgerinstanz und der KPD als verfolgter politischer Partei?**

Für die Bundesregierung agierte Staatssekretär Ritter von Lex aus dem Bundesinnenministerium. Er hatte 1933 als Vertreter der Bayrischen Volkspartei im Reichstag dem Hitler Ermächtigungsgesetz zugestimmt. Er war in Hitlers Innenministerium beschäftigt.

Die KPD hatte ihren Vorsitzenden, Max Reimann sowie die drei Sekretariatsmitglieder Walter Fisch, Fritz Rische und Josef Ledwohn benannt: Max Reimann lebte bereits, um der

Verfolgung zu entgehen, in der DDR. Fritz Rische und Jupp Ledwohn waren in Haft. Sie wurden jeden Tag zur Verhandlung durch die Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes eigens ins Gericht gebracht. Allein Walter Fisch konnte sich während des Prozesses frei bewegen.

In jedem „normalen“ bürgerlichen Gerichtsverfahren sollen im Sinne eines fairen Verfahrens („fair trial“) und seiner „Waffengleichheit“ beide „Parteien“ gleichberechtigt vor dem Gericht agieren können. In Karlsruhe war dem nicht so: Die den Verbotsantrag stellende Bundesregierung durfte ihre Begründung selbst vortragen, die KPD durfte ihre Entgegnung nur durch einen Juristen (Prof. Dr. Kaul) verlesen lassen. Und mehr noch: Die KPD musste wochenlang darum prozessual streiten, dass ihre eigenen Vertreter im Gericht überhaupt zu Wort kommen konnten...

Dass der Prozess Bestandteil der imperialistischen Politik der Revanche, des Zurückrollens des Sozialismus war, wurde sogar offen demonstriert: dem Beschluss zur Remilitarisierung am 21. 11. 1951 folgte unmittelbar der Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht...

Ich habe bereits früher die revanchistischen Äußerungen bundesdeutscher Minister zitiert. Als diese im Prozess zur Sprache kamen, meinte der Gerichtspräsident Wintrich dümmlich, was das denn mit Kriegsvorbereitungen zu tun habe, also ob man erwarten könne, dass Polen und die Tschechoslowakei die beanspruchten Gebiete freiwillig herausgeben und sich die deutschsprachige Schweiz, Elsass-Lothringen und Österreich friedlich-schiedlich und ohne etwa den Widerstand Frankreichs der Bundesrepublik anschließen würden...

Dass es sich um einen politischen Prozess handelte, dass es nicht um Gerechtigkeit, Recht und Gesetz ging – das haben zwei der beteiligten Richter zehn Jahre nach dem Verbot in einer Umfrage eingeräumt, die von der Zweimonatszeitschrift „Marxistische Blätter“ veranstaltet wurde (*Heft 4/1966, S. 26 ff.*) Das waren die Richter am Bundesverfassungsgericht Dr. Stein, Prof. Dr. Zweigert und Dr. Heck.

Über das Ausmaß dessen, was sowohl die Vorbereitung als auch dann die Folgen des Prozesses angeht, sind in der Bevölkerung keinerlei Kenntnisse vorhanden. Von 1951 bis 1961 gab es, so der zuständige Sachbearbeiter im Bundesjustizministerium, etwa 150.000 Verfahren. Von 1951 bis 1968 gab es etwa 138.000 „Täter“ ... (*Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1978, S. 241 f.*)

Wahr ist auch: Das KPD-Verbot wirkt bis zum heutigen Tag. Nach wie vor – und darauf verwiesen die Vertreter der Bundesrepublik bei der Neukonstituierung der DKP ausdrücklich – gelten die Festlegungen des Verbotsurteils, dass die Partei sich weder auf den Marxismus-Leninismus noch auf den demokratischen Zentralismus oder die Diktatur des Proletariats berufen dürfe. Nach wie vor wird die Partei (zusammen mit anderen Vereinigungen und Organisationen) im sogenannten Verfassungsschutzbericht als verfassungsfeindlich geächtet. Nach wie vor gelten die vom Bundesverfassungsgericht 1956 vorgenommenen Interpretationen dessen, was freiheitlich-demokratische Grundordnung sei

– ganz im Widerspruch zu den im Artikel 14 des Grundgesetzes offen gelassenen Möglichkeiten eines Wegs zum Sozialismus – grad so als wäre das Bekenntnis zum Sozialismus grundgesetzwidrig.

Hier nun möchte ich eine längere Einfügung zur Problematik der Gesetze und der Berufsrichter machen, die für die Beurteilung des Verbotsprozesses bedeutsam ist und gehe näher auf den Verbotsprozess und seine Zusammenhänge ein. Der ideologische Schein läßt viele meist übersehen, dass Gesetze nicht wie Manna vom Himmel herunterfallen und Justizorgane nicht aus einer Welt des schönen Scheins kommen:

„Gesetze sind nicht freie Erzeugnisse des menschlichen Geistes, die sich dem ewigen klassenlosen Ideal der Gerechtigkeit in stets wachsender Verbesserung nähern. Eben so wenig sind sie Richtlinien, auf denen sich die Machtverhältnisse aufbauen. Sie sind vielmehr zeitbedingte Erzeugnisse der jeweiligen Herrschaftsverhältnisse, und ihr Zweck ist, diese zu sichern.“ (Emil Julius Gumbel, Verräter verfallen der Feme, Berlin 1929, S. 28. Der Buchtitel mag täuschen, er ist entlehnt dem Jargon der Nazi-Fememörder, Gumbel war ein antifaschistischer Jurist, der nach 1933 emigrieren musste).

Was die obersten Richter angeht, so werden sie entsprechend dem Parteienproporz bei uns derzeit vom Richterwahlausschuss der politischen Macht bestimmt.

Nehmen wir einen Aspekt hinzu, der im folgenden Zitat Karl Dietrich Brachers benannt wird: den der sozialen und politischen Einbettung der Berufsrichter selbst. Ich stimme diesem bürgerlichen Historiker zu, wenn er – zwar bezogen auf die Politische Justiz der Weimarer Republik – schreibt:

„Dies alles vollzog sich hinter der Fiktion vom unpolitischen, überparteilichen Charakter der Justiz als einer eigenen, unabhängigen Gewalt. In Wahrheit gehört die Justiz nicht nur in der Demokratie ... zum wesentlichen Teil dem Bereich des Politischen dazu, ja, sie muss dort als eine durchaus politische Gewalt betrachtet werden. Dies gilt natürlich ganz besonders für die Beurteilung und Behandlung politischer Vorgänge: also Politische Justiz im engeren Sinne ... Die Fiktion vom überparteilichen Charakter der Justiz ... verdeckte die Tatsache, dass die Beamten und gerade auch die Juristen in ihrem Verhalten, in ihrer Tätigkeit, in ihren Entscheidungen doch wesentlich abhängig sind von politischen Einflüssen und sozialer Herkunft ...“ (*Karl Dietrich Bracher, in: H. und E. Hannover, Politische Justiz 1918-1933, Frankfurt a. M. 1966, S. 10*)

Natürlich haben all jene Berufsrichter, die gemäß Parteienproporz und Zugehörigkeit zur jeweils richtigen Partei in höchste Richterämter delegiert wurden, beim Einzug in ihr neues Amt ihre Überzeugungen, ihre Vorurteile, ihre Karriereerwartungen aufgegeben und bei der Rechtsprechung „vergessen“, daß sie als Mitglieder von CDU, CSU, SPD, FDP, Grünen etc. in ihre wohl dotierte Position gelangt sind. Dass da irgend jemand in die unabhängige Rechtsprechung eingreifen würde, das gibt es nicht. Wir haben doch – angeblich – Gewaltentrennung (von Legislative/Gesetzgebung, Judikative/Rechtsprechung und Exekutive/vollziehender Staatsgewalt). Da gibt es höchstens mal Weisungen ... ansonsten richtet man nur „nach dem Gesetz“...

Die Politische Justiz ist – über Vermittlungsglieder hinweg – an die Träger der politischen Macht gebunden und folglich auf die Durchsetzung der Grundziele dieser politischen Macht ausgerichtet. Da dieses Grundziel in der hier zu behandelnden Zeit erklärtermaßen das Zurückrollen des Sozialismus war, hatte die Politische Justiz diesem Ziel zu dienen.

Woher kommen die Juristen, mit denen wir es in unserem Thema zu tun haben? Sozial gesehen – darauf verweisen die Untersuchungen Kaupens (Wolfgang Kaupen, *Die Hüter von Recht und Ordnung*, Neuwied/Berlin: Luchterhand, 1969) – vorrangig aus Beamtenfamilien (40 Prozent), sodann aus dem Kreise selbständiger Kaufleute und Unternehmer (14 Prozent) und schließlich (9 Prozent) aus Familien leitender nicht-akademischer Angestellten (a.a.O., S. 50). Dies prägt natürlich ihre Einstellungen, Normen, Wertungen. Kaupen merkt dazu an: „Die deutschen Juristen stammen zu einem überwiegenden Anteil aus Familien, die – über den Beruf des Vaters – einer starken sozialen Kontrolle im partikularistischen, das heißt relativ homogenen Rahmen überschaubarer Gemeinschaften unterworfen sind und ihr Verhalten sowie die Erziehung ihrer Kinder an diesen relativ strengen (moralischen) Maßstäben ... ausrichten. Inhaltlich sind diese Maßstäbe (zum Teil direkt, überwiegend jedoch indirekt) durch religiöse Glaubenssätze geprägt, die ... das Wohlverhalten (Konformität) zum Kriterium der Belohnung im Jenseits machen ... Je strenger ihre Sozialisierung im Elternhaus auf die Einhaltung bestimmter, vorgegebener (traditioneller) Verhaltensregeln gerichtet war, desto eher entscheiden sich die Juristen für eine Justizlaufbahn ...“ (*ebenda* S. 140 f.)

Diese Entwicklung werde nach der Erziehung im Elternhaus sodann durch die Schule (Gymnasium), das Studium und den anschließenden Staatsdienst noch verstärkt (*ebd.* S. 216). Darum sei die Einstellung der Richter wesentlich „statisch-reaktiv“ (*ebd.* S. 218). Oder durch einen „kleinbürgerlichen Konservatismus“ gekennzeichnet, „genährt durch eine bemerkenswert geringe soziale und geographische Mobilität“ (*ebd.* S. 46). Vergessen wir auch nicht die Mitgliedschaft von Studenten dieser sozialen Schicht in Korporationen. Da entstehen Bindungen (neuerlich „Seilschaften“ genannt), die das weitere Leben und Wirken nachhaltig beeinflussen.

Kaupen unterfüttert seine Befunde auch durch Hinweise auf geschichtliche Aspekte. So sei die deutsche Juristenausbildung durch gesellschaftspolitische Vorstellungen geprägt, die als Ziel den „braven Staatsbürger“ (*ebd.* S. 15) hatten und auf „dem Kompromiss beruht(en), den das deutsche Bürgertum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit den damals herrschenden Gewalten eingegangen war“ (*ebd.* S. 15).

Diese Hinweise beziehen sich auf deutsche Berufsrichter im Allgemeinen. Es ist klar, dass die hier benannten Merkmale sozialer, ideologischer und politischer Art bei der Auswahl der Richter für die Politische Justiz in besonderem Maße berücksichtigt wurden.

Wolfgang Abendroth sagt zur politisch-historischen Herkunft dieser Berufsrichter, „dass unzweifelhaft (und teilweise auch unvermeidlich) in einem Teil der staatlichen Apparatur Westdeutschlands Menschen Verwendung gefunden haben, die vorher dem Staatsapparat des Dritten Reiches gedient haben und häufig der NSDAP angehörten. Sie

können dadurch, dass nunmehr eine politische Partei [gemeint ist die KPD] verboten wird, die im nationalsozialistischen Staat als Staatsfeind Nr. 1 und als Vorwand zur Bekämpfung aller anderen opponierenden Gruppen diente, in Denkformen des Dritten Reiches zurückgeworfen werden und dahin tendieren, nunmehr fortzusetzen, was sie vor 1945 praktiziert haben.“ (Wolfgang Abendroth, *Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts [1957]*; in: ders., *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie*, Neuwied/Berlin: Luchterhand [= *Soziologische Texte* 47], 1967, S. 139-174, zit. 140 f.).

Dies galt in hohem Maße für den Bereich der Justiz, auch der Politischen Justiz. Elisabeth und Heinrich Hannover sagen dazu, vom in der Nazizeit geprägten ideologischen und politischen Hintergrund der bundesdeutschen Justiz ausgehend: „Die fast ausschließlich gegen Kommunisten gerichtete politische Strafjustiz unserer Tage findet nicht zuletzt ihre psychologische Erklärung in diesem schlechten Gewissen und dem Bedürfnis, einen noch Schuldigeren zu finden. Sicher wird unbewusst auch das Bedürfnis eine Rolle spielen, jedenfalls eine Freund-Feind-Stellung der eigenen Vergangenheit – nämlich die antikommunistische – nachträglich als richtig bestätigen zu können. Wir konnten nur ausnahmsweise Parallelen zur Spruchpraxis des 3. (politischen) Strafsenats des Bundesgerichtshofs und der politischen Strafkammern aufzeigen ... Der Kenner der Materie wird mitunter betroffen sein, die Ursprünge des Geistes wiederzuerkennen, aus dem noch heute in Bonn Gesetze gemacht und in Karlsruhe und bei den politischen Strafkammern der Landgerichte Urteile gesprochen werden.“ (Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück, *Politische Justiz 1918-1933. M.e.Einl. von Karl Dietrich Bracher*. Frankfurt/Main: Fischer-Bücherei 770, 1967, S. 20).

Ich möchte hier eine Passage einfügen, die ich dem Buch von Joachim Perels (*Das juristische Erbe des „Dritten Reiches“. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung*. Frankfurt a. M. 1999, S. 69) entnehmen konnte. „Auch die Justiz hat Anteil daran, dass die frühe Bundesrepublik auf den ungesühnten Leibern der vom NS-Regime Getöteten errichtet wurde. Die von den USA verurteilten Träger der maßnahmestaatlichen Justizgewalt des NS-Regimes wurden in Vertreter eines normalen Staates verwandelt. Mit gewissen Abstufungen wurden ihnen daher Pensionsansprüche gegenüber dem neuen demokratischen Staat zugesprochen. Selbst Roland Freisler, der die Mordmaschine des Volksgerichtshofes lenkte und der, hätte er überlebt, in Nürnberg ebenfalls zur Rechenschaft gezogen worden wäre, wurde vom Versorgungsamt in München mit Billigung des bayrischen Sozialministeriums – im Blick auf eine zusätzliche Schadensausgleichsrente seiner Witwe – 1974 zuerkannt, dass er Träger normaler Staatsfunktionen war, der nicht etwa vor Gericht gestellt worden wäre, sondern nach 1945 als Rechtsanwalt oder Beamter im höheren Dienst tätig gewesen wäre.“

Und Major Papst, der den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vollzog – wozu Adenauer anmerkte, sie seien nicht ermordet, sondern hingerichtet worden –, erhielt im sozialdemokratisch regierten Nordrhein-Westfalen die Pension bezahlt. Feme- und Nazimörder, die zu dieser Zeit noch lebten und teilweise im öffentlichen Dienst unseres Landes standen, machen das Ausmaß deutlich, in welchem damals noch schwer belastete

Nazis bei uns bestimmend wirken konnten – auch und gerade in der Justiz: v. Brünneck zählt eine ganze Reihe solcher ehemaligen Nazi-Juristen auf, die über Kommunisten zu Gericht saßen (*Alexander von Brünneck, a. a. O., S. 228, 234*). Sogar der im KPD-Verbotsprozess dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts Vorsitzende Präsident, Dr. Wintrich, war ein von den Nazis wegen besonderer Verdienste ausgezeichnete Nazi-Oberstaatsanwalt! Ein anderer der über die KPD zu Gericht sitzenden Richter hatte in der Weimarer Republik einen der Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aus dem Leipziger Reichsgerichts-Gebäude entkommen lassen.

Ich denke, diese Bemerkungen über die Träger der Politischen Justiz sollten hinreichend erklären, dass sie sich vorbehaltlos in die politischen Grundziele der damaligen bundesrepublikanischen Machträger einfügten.

## **Wie aber wurde die Einordnung der Politischen Justiz in diese politischen Grundziele erreicht?**

Zunächst durch die Gesetzgebung: Hier geht es um das erste Strafrechtsänderungsgesetz von 1951, das eindeutig gegen die Kommunisten gerichtet war. Ursprünglich noch enthaltene antinazistische Bestandteile wurden gestrichen. „Praktisch die gesamte politische Betätigung der Kommunisten wurde kriminalisiert“, schreibt v. Brünneck (*ebd. S. 74*).

In Anlehnung an die Nazi-Praxis wurde dem bis dahin geltenden politischen Bereich der Jurisprudenz, dem des Hochverrats und seiner Vorbereitung, ein neuer Bereich vorgeschaltet, der Bereich der Staatsgefährdung. Es handelte sich um eine Vorverlegung der Schutzvorschriften, indem nun, „eine Vielzahl von gewaltlosen Formen politischer Betätigung pönalisiert“ wurde, „bei denen eine – wenn auch nur sehr vermittelte – Form der Gefährdung des Staates objektiv nicht festgestellt werden musste“ (*ebd. S. 75*). Sogar Streiks und Demonstrationen wurden schließlich dieser illegalen Tätigkeit zugeordnet. In Kontinuität zu dieser gegen die Kommunisten entwickelten Praxis stehen die Urteile, die wegen Sitzblockaden für Abrüstung durchgeführt wurden: solche Blockaden seien Gewaltanwendung ...

Dies war „notwendig“, nachdem der Bundesgerichtshof seine anfängliche, ebenfalls von der Nazi-Justiz übernommene These fallengelassen hatte, dass kommunistische Politik eine permanente „Vorbereitung zum Hochverrat“ darstelle. Indem nun politische Betätigungen, die zuvor dem Hochverratsvorwurf ausgesetzt waren, als staatsgefährdend eingestuft wurden, konnte die alte politische Praxis unter neuer Begrifflichkeit fortgesetzt werden. Güde, damals Generalbundesanwalt, stellte heraus, dass es zur Begründung von Staatsgefährdung „nicht der ausdrücklichen Feststellung einer konkreten Gefährdung“ bedarf (*Max Güde, Probleme des politischen Strafrechts, S. 21*). Es komme auf die Absicht, auf die Intention, an.

Das war so bereits durch das Strafrechtsänderungsgesetz vorgegeben – mitsamt der damit unvermeidlichen Willkür von Richtern, den Angeklagten bestimmte Absichten einfach zu unterstellen: „Der Täter braucht subjektiv keine verfassungsfeindlichen Ziele zu verfolgen. Er braucht auch selbst keine gegen die Verfassung gerichteten Handlungen begangen zu haben ...“ Sein Handeln wurde allein dadurch zur Straftat, dass ihr bestimmte Absichten unterstellt wurden (von Brünneck, a. a. O., S. 85). Elisabeth und Heinrich Hannover verweisen darauf, dass dies’ alter Reichsgerichtspraxis entsprach (ebd. S. 85). Dazu nun hatte einst der führende sozialdemokratische Rechtswissenschaftler Hugo Sinzheimer angemerkt: „Wir sind in keiner Weise einer kommunistischen Gesinnung verdächtig, wir halten ihr Ziel und ihre Mittel für verfehlt. Wir sehen den Aufstieg der Arbeiterklasse in ganz anderer Weise vor uns, als wie der Kommunismus dies will. Aber darum handelt es sich hier nicht. Es handelt sich hier darum, dass sich das Recht nicht in den Dienst des politischen Kampfes stellen darf. Dies geschieht aber, wenn auch vielleicht unbewusst, durch eine Rechtsprechung, die in ihrer innersten Absicht von dem Willen geleitet wird, mit rechtlichen Mitteln kommunistische Gesinnung und Betätigung zu unterdrücken. Hüten wir uns vor dem Glauben, dass nur sog. staaterhaltende Ordnungsparteien rechtlich sein dürfen und sollen! Eine jede Zeit braucht ihren radikalen Widerspruch. Eine jede Zeit braucht Schärfung ihres Gewissens. Eine jede Zeit braucht Ketzer, Aufklärer, Sozialisten und Kommunisten. Denn nur dadurch schreiten wir voran auf der Bahn einer steten Verbesserung unserer menschlichen Zustände, die im Sumpfe erstarren, wenn nicht das ewige Gärungsprinzip in ihnen wirkt“ (*Die Justiz, Band III, S. 378*).

Sodann erfolgte die Einordnung der Politischen Justiz in die politischen Grundziele der Machttträger durch die Rechtsprechung selbst. Hier sind vor allem folgende Faktoren erwähnenswert:

- eine extreme Auslegung der Gesetze selbst,
- die extreme Auslegung jeglicher kommunistischer Meinungsäußerung (insbesondere nach dem KPD-Verbot), was in der Praxis auf den Entzug eines verfassungsrechtlich geschützten Grundrechts hinauslief,
- die extensive Verwendung des rechtstechnischen Verfahrens, von der „Offenkundigkeit eines Tatbestands“ (die oft das entsprechende Gericht in einem früheren Verfahren „festgestellt“ hatte) auszugehen,
- Behinderung der Verteidigung, insbesondere durch Verdächtigung und Diffamierung der Verteidiger,
- (jahre)lange Untersuchungshaft,
- hohe Finanzforderungen,
- Haftbedingungen, bei denen plötzlich die Gesinnung der Verurteilten nicht mehr zur Geltung kam, also insbesondere die Verweigerung der Kennzeichnung und Behandlung als politische Gefangene,
- im Hintergrund faktisch beherrschende Stellung der politischen Polizei und des sogenannten Verfassungsschutzes im Verfahren.

## Ich will kurz auf einige dieser Besonderheiten eingehen:

Hinsichtlich der extensiven Auslegung der gesetzlichen Möglichkeiten, Kommunisten zu verfolgen, verweisen die Autoren Hannover auf ein besonders erschreckendes Beispiel: „Es blieb der politischen Justiz der Bundesrepublik vorbehalten, durch Bestrafung der bei der Aktion „Frohe Ferien für alle Kinder“ mitwirkenden Frauen das zu vollziehen, was selbst die reaktionäre Justiz der Weimarer Republik nicht in dieser Konsequenz gewagt hat.“ (*H. Hannover a. a. O.*, S. 236). Selbst das Bundesverfassungsgericht sah sich schließlich (1961) veranlasst, gegen die extensive Auslegung, die den tragenden Rechtsgrundsatz „nulla poena sine legem“ (Keine Strafe ohne Gesetz) aufhob, dass nämlich niemand für Taten bestraft werden dürfe, die zum Tatzeitpunkt noch nicht strafbar waren (so übereinstimmend § 1 Strafgesetzbuch und Artikel 104 [2] Grundgesetz [GG]: „Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen war“), korrigierend einzugreifen.

Die faktische Verweigerung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung für Kommunisten fand in der Weise statt, dass nahezu jegliche politische Äußerung von Kommunistinnen oder Kommunisten als eine Handlung gegen das KPD-Verbot ausgelegt wurde:

„Praktisch hieß das, dass der ‚Förderungswille‘ dann angenommen wurde, wenn Kommunisten sich politisch äußerten. Sie machten sich für ihre politischen Aussagen im Ergebnis immer strafbar, unabhängig vom Inhalt ihrer Äußerung. Es kam insbesondere nicht darauf an, ob ihre Forderungen sachlich berechtigt waren oder ob sie auch von anderen Gruppen in der Bundesrepublik vertreten wurden. Unerheblich war auch, dass ihre Äußerungen für sich genommen strafrechtlich irrelevant waren, insbesondere nicht gegen § 93 StGB verstießen“, (*v. Brünneck, a. a. O.*, S. 176).

Das rechtstechnische Verfahren, etwas als offenkundige Tatsache auszugeben, führte insbesondere dazu, dass im Prozess selbst über die strafrechtliche Relevanz eines Tatbestandes oder einer unterstellten Absicht gar nicht mehr verhandelt zu werden brauchte: die Sache war ja ein offenkundiger Tatbestand !

Was die (jahre)lange Untersuchungshaft angeht – sie betrug zum Beispiel in meinem Fall zwei Jahre –, so hatte sie mehrere Auswirkungen. Erstens wurde damit ohne Gerichtsverfahren eine faktische Freiheitsstrafe vollzogen. Zweitens lief sie auf ein langes Voruntersuchungsverfahren hinaus, das – zusammen mit den umfangreichen Ermittlungen und der Länge der Prozesse (bei mir dauerte der Prozess fast sieben Wochen mit 31 Verhandlungstagen) – zu sehr hohen Prozesskosten führte (bei mir waren es etwa 10.000 DM, und das 1956). Abgesehen davon wurde auch die gesamte Untersuchungshaft nicht auf die Strafe angerechnet. Mir wurden zum Beispiel sechs Monate von den zwei Jahren nicht angerechnet, so dass ich faktisch nicht dreieinhalb Jahre, sondern vier bekam.

Nach dem FDJ-Verbot wurden dreißig weitere Organisationen verboten, der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, die Aktion „Frohe Ferien für alle Kin-

der“, die Organisation, die dem gesamtdeutschen Sportverkehr diente. Es war damals gelungen, Fritz Walter und Max Morlock als Ehrenmitglieder für die Vorbereitung des Deutschlandtreffens zu gewinnen, ebenso den berühmten Rennfahrer Manfred von Brauchitsch als Ehrenpräsident des Weltfestspielkomitees.

Zum Irrsinn dieses Wirkens der Bundesregierung gegen die deutsche Einheit gehörte es, als 1953 sich erstmals Kohlenhalden an der Ruhr auftürmten und acht Betriebsräte zu Otto Grotewohl fuhren, um die Regierung der DDR zu bitten, vier Millionen Tonnen Kohle abzunehmen – diese Betriebsräte wurden nach ihrer Rückkehr verhaftet und zu acht bis zehn Monaten Gefängnis verurteilt!

Es gab auch die großen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze, gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, gegen den Vietnam-Krieg. Alles das muss man anführen, wenn es heißt, Kohl sei der Kanzler der deutschen Einheit. Das Gegenteil trifft zu: Kohl und vor ihm Adenauer taten alles, um die demokratische Einigung des Landes zu verhindern.

Ich erinnere an Helgoland. Diese Nordseeinsel hatten sich die Engländer als Bomben-Abwurfplatz ausgesucht, und die Bonner Regierung tat nichts dagegen. Da organisierten die FDJ, die Schrebergarten-Jugend, die Guttempler-Jugend und andere Fahrten nach Helgoland. Sie besetzten die Insel und zwangen die Engländer dazu, die Bombardierung einzustellen. Und was tat das politische Bonn? Hat es die Jugendlichen geschützt oder wurden diese nicht vielmehr nach der Rückkehr von der Insel verhaftet und mit Gefängnis bestraft?

In diesen „Kalten Zeiten“ (Christian Geissler) war die Politische Justiz eines der Hauptinstrumente des Kalten Krieges und der Unterdrückung der Opposition gegen diese Politik.

Die Anklagepunkte damaliger Anklageschriften waren überall gleich. Da ging es um Staatsgefährdung, Geheimbündelei, Rädelsführerschaft, Übertragung der DDR-Verhältnisse auf die Bundesrepublik Deutschland, Verstoß gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Aber weil der entsprechende Paragraph des Strafgesetzbuchs nicht verfassungskonform war, musste er 1968 korrigiert werden. Damit wurde eigentlich meinem Prozess und dem Strafurteil die Rechtsgrundlage entzogen. Es ist aber bis heute eben so wenig annulliert worden. Es wurde mir auch keine (Haft-) Entschädigung zugesprochen...

## **Verschiedene Beobachter und Kommentatoren des KPD-Verbotsprozesses und des im August 1956 erfolgten Verbotsurteils halten übereinstimmend fest:**

Es fand keine Analyse der wirklichen Politik der KPD statt. Es wurde nicht die von der KPD wirklich anerkannte Theorie ins Verfahren eingeführt, sondern eine auf bekannten westlichen Vorurteilen beruhende. Insbesondere Abendroth verweist darauf (*Abendroth, a. a. O., S. 149, 151 ff.*). Beides zusammen bedeutete, dass über die KPD im Rahmen vorgegebener bürgerlicher Vorurteile und „gängiger Mittelstandsideologien“ (*Abendroth, a. a. O., S. 150*) verhandelt und Kommunisten abgeurteilt wurden. Dies aber ist ein typisches Merkmal nicht von Nicht-Kommunismus, sondern von Antikommunismus! Wolfgang Abendroth merkt dazu an, das Bundesverfassungsgericht habe sich „zu historischen Darlegungen verleiten lassen, die zwar den üblichen Illusionen der deutschen Mittelschichten über die Geschichte, nicht aber der geschichtlichen Wirklichkeit entsprechen“ (ebd., S. 143). Es wurde zwar ausdrücklich erklärt, die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus könne nicht Verfahrensgegenstand sein und sei nicht justizierbar, weil Weltanschauungen grundgesetzlich geschützt seien, doch „...mit der Illegalisierung des Bekenntnisses zum ‚Marxismus-Leninismus‘“ wurde „auch ein Teil dieser ‚Lehre‘ selbst illegalisiert“ (*v. Brünneck, a. a. O., S. 123*).

Aber in den Begründungen der Antragsteller im KPD-Verbotsprozess, die ausgerechnet durch Staatssekretär Ritter von Lex vorgetragen wurde – man beachte die Sprache –, heißt es beispielsweise: Die KPD „ist ein gefährlicher Infektionsherd im Körper unseres Volkes, der Giftstoff in die Blutbahn des staatlichen und gesellschaftlichen Organismus der Bundesrepublik sendet.“ (48. Tag der Verhandlung). Das ist die unverhüllte Ausdrucksweise der Blut- und Boden-Ideologie! Für den interventionistischen, den aggressiven Charakter des Prozesses sprach, dass zur Anklagebegründung u. a. die Verfassung der UdSSR angeführt wurde. (Schriftsatz der Bundesregierung vom 29. Januar 1955). Die Sowjetunion wurde als führende Kraft im Hintergrund der zu verbietenden KPD in das Verbotsbegehren einbezogen. Sie bestimmte die Generallinie, was doch dem Wesen nach bedeuten musste, weit wichtiger als das Verbot der KPD wäre es, doch gleich das Zentrum, die Sowjetunion selbst, unter Beschuss zu nehmen. Und dass der Prozess, im Widerspruch zum grundgesetzlichen Schutz von Wissenschaft und Weltanschauung, eben die marxistisch-leninistische Weltanschauung kriminalisierte, zeigte sich am 17. Verhandlungstag, als Dr. v. Winterfeld für die Bundesregierung die weite Verbreitung der marxistischen Theorie monierte. Im Interesse der – wie Winterfeld sagte – objektiven Wahrheitsforschung möge man bedenken, „dass allein die Auflagenhöhe der klassischen Werke des Marxismus-Leninismus 931.000.000 beträgt“ und dass diese Veröffentlichungen sogar unter dem Schutz bürgerlicher Verfassungen, wie z. B. in Frankreich, stünden.

Was die freiheitlich-demokratische Grundordnung betrifft – so spielte diese im Verfah-

ren gegen die KPD eine zentrale Rolle. Es ging darum – und das brachte der Prozessbevollmächtigte der Bundesregierung, Ritter v. Lex, deutlich zum Ausdruck –, jede Auffassung ideologisch-politischer Art zu illegalisieren, die sich nicht einfügte in vor allem katholisch-klerikal bestimmte ordnungspolitische Vorstellungen.

Das Gericht folgte dem nicht! Gleichwohl ist zu beachten: Artikel 79, Absatz 3 des Grundgesetzes legt fest, welche Verfassungsnormen während der Geltungsdauer des Grundgesetzes nicht verändert werden dürfen. Das bedeutet, dass alle anderen nicht diesen Schutz besitzen, also auch von einer politischen Partei angegriffen werden dürfen. Das Bundesverfassungsgericht hielt sich aber für verpflichtet, „den ‚Wertehalt‘ der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eingehend authentisch zu interpretieren. Es hat dabei übersehen, dass es gerade der Sinn der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist, – wie Art. 5 GG deutlich ausweist – verschiedenen Kräften mit sehr widersprechenden politischen Philosophien gleichberechtigte politische Entfaltungsmöglichkeit im Rahmen des durch das Grundgesetz gebildeten Systems zuzubilligen, [es] aber keineswegs die Aufgabe des Verfassungsgerichts sein konnte, den Bürgern der Bundesrepublik und den politischen Parteien irgendeine politische Kompromißphilosophie obligatorisch aufzuerlegen. (*Abendroth, a. a. O., S. 148*).

Es sei wohl kein Zufall, dass das Bundesverfassungsgericht dem Leser der Urteilsgründe einen Nachweis für diese typische Mittelstandsideologie aus Normbestand und Materialien des Grundgesetzes schuldig geblieben sei (ebd. S. 149). Das Gericht habe ein ideal-typisches Konstrukt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entworfen und selbst festgestellt, dass dem die Realität nicht entspreche. Es habe sich dazu verleiten lassen, seinen eigenen Glaubensinhalt dem Grundgesetz zu unterlegen. Die „...extreme Identifikation dessen, was sich der Erste Senat unter freiheitlich-demokratischer Grundordnung vorstellt, mit einem Formelkompromiss aus Sozialpartnerschafts-Ideologien, deren Grundlagen durch die DAF [Deutsche Arbeitsfront, eine Organisation, die von den Nazis nach der Zerschlagung der Gewerkschaften] geschaffen wurden, antimarxistischen Vorstellungen – deren geistige Wurzel teils in der Propaganda des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vor 1914, teils in der konservativen Ausprägung der katholischen Soziallehre unschwer festzustellen ist – und liberalen Theoremen, die den Klassencharakter der bestehenden Gesellschaft leugnen möchten, das für die gegenwärtige Denkweise großer Teile der deutschen Mittel- und Intelligenz-Schichten charakteristisch ist“ (*Abendroth ebd., S. 154*).

Wolfgang Abendroth verweist auch auf den Kommentar von v. Mangoldt zum Grundgesetz, in welchem von der Gefahr die Rede ist, „dass die Bindung der politischen Parteien an die freiheitliche demokratische Grundordnung zur Unterdrückung missliebiger Parteien ausgenutzt werde und sich daher selbst im Sinne einer Gefährdung des demokratischen Staatsgedankens auswirken könne“ (*ebd., S. 169*).

Es sei noch auf ein weiteres bedenkliches Merkmal des Verbotsurteils verwiesen: Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts, genauer: sein Präsident Dr. Wintrich, vertrat

die Ansicht, das Verfassungsgericht habe nicht nur die Aufgabe, die Verfassungsordnung zu wahren, sondern sie auch zu entfalten. Abendroth zeigt die darin liegende Gefahr, das Prinzip der Gewaltentrennung zu durchbrechen: Das Gericht habe die Aufgabe, bestehende Normen anzuwenden und die Verfassung zu wahren, nicht aber, sie zu „entfalten“, also weiterzuentwickeln.

Diese Aufgabe komme einzig der gesetzgebenden Körperschaft, also dem Parlament zu: „Wohin es führt, wenn eine Juristenschicht, die sich für einen besonderen Stand hält, repräsentiert durch Verfassungsgerichte oder durch Lehrer des Verfassungsrechts, sich diese Aufgabe anmaßt, lässt sich am Geschick der Weimarer Verfassung in den letzten Jahren ihrer Geltung leicht ablesen“. Und, so allgemein wie zutreffend: „In einer Demokratie gehen [...] Verfassungsgrundscheidungen vom Volk und nicht vom Juristenstande aus. Deshalb sind Verfassungsgerichte nicht legitimiert, die Verfassung durch „Entfaltung“ inhaltlich zu verändern. Sie haben das bestehende Normensystem zu respektieren, soweit es nicht eindeutig mit Verfassungsnormen kollidiert. Sie dürfen auch nicht [...] den Spielraum zur Entfaltung des politischen Lebens und der Rechtsentwicklung, der durch den weiten Rahmen von bloßen Verfassungsgrundsätzen geboten wird, durch ihre eigene subjektive Wertung einschränken und diese Verfassungsgrundsätze „konkretisieren“. (*Abendroth, a. a. O., S. 171*).

Es gibt gewiss noch weitere (und durchaus relevante) Gesichtspunkte aus dem KPD-Verbotsverfahren 1951-1956 und dem im August 1956 gesprochenen Urteil, die auf politischen Missbrauch des Rechts zugunsten der Herrschenden und ihres Kalten-Kriegs-Revanchismus verweisen.

Der Angriff auf die Kommunisten innenpolitisch, auf die sozialistischen Staaten außenpolitisch, diene mit seiner extremen Auslegung des Begriffs Sozialismus auch dazu, die politischen Handlungsmöglichkeiten etwa der sozialdemokratischen Opposition wenigstens einzuengen, wurde auch sie doch in die Nähe des diffamierten Sozialismus gedrängt. Hieß es bei den Nazis: Wer vom Juden frisst, stirbt daran!, so hieß es jetzt: Wer mit dem Sozialismus sympathisiert, ist Feind der Demokratie! Alexander v. Brünneck weist auf die weitgehenden Auswirkungen dieser Strategie hin, die nicht nur die Kommunisten betrafen, zum Beispiel: wer sich nicht „von einem sozialistischen Anspruch überhaupt strikt absetzte, unterlag von vornherein einer politischen Diffamierung“ (*von Brünneck, a. a. O., S. 346*).

In diesem Zusammenhang wirkte die Politische Justiz. Sie war, gerade wegen des ideologischen Scheins der Neutralität und des jedem Gerichtsverfahren zugeschriebenen Anschein der Rechtlichkeit, das geeignete Mittel, um dieser Politik die Weihe des Rechts zu verleihen. Die Politische Justiz erschien als das geeignete Mittel, „dem Antikommunismus gewissermaßen Zähne einzusetzen“ (*ebd., S. 347*). Antisozialismus als Staatsdoktrin schien gleichsam rechtens geboten. Kein Wunder, dass der den Nazis verpflichtete Staatsrechtler Ernst Forsthoﬀ – auch er kam in der Bundesrepublik wieder zu hohen Ehren – im Widerspruch zu Artikel 24 und 25 des Grundgesetzes erklären konnte, die Überwindung des Kapitalismus sei ein verfassungswidriges Ziel!

## Gefängnisgeschichten

Ich kam im Sommer 1956 nach meiner Verurteilung durch den Bundesgerichtshof nach Anrath am Niederrhein ins Gefängnis. Dort war einige Monate zuvor Wolfgang Seiffert, der zusammen mit Jupp Angenfort im FDJ-Prozess zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war, entkommen. Bei meiner Vorführung beim Direktor des Gefängnisses – ein uns Politische, wir waren damals fünfzehn zumeist junge Gefangene – sehr anständig behandelnder, im echten Sinne liberaler Direktor, fragte er mich, was ich gedacht hätte, als ich hörte, es ginge nach Anrath.

Ich: „Dass ich für die Flucht meines Freundes und Genossen“ (das war er damals noch!) „Wolfgang Seiffert werde büßen müssen.“ Er: „Nein, das werden Sie nicht. Jeder Gefangene hat das Recht auf Freiheit!“ (das hatte ich noch nie so gehört) „Ich nehme dem Wolfgang Seiffert nicht übel, dass er geflohen ist, sondern nur, dass er dies unter Ausnutzung von Vergünstigungen tat, die ich nun abschaffen muss, obwohl sie gerade manchem armen Teufel hier gut täten.“

Eigentlich hätte es an der Außentür meiner Zelle ein rotes Schild geben müssen: „Fluchtgefahr“ bedeutend, und ich hätte abends, beim Einschließen, also gegen 18 Uhr, meine Kleidung auf einen Schemel vor die Stelle zu stellen und das (Blech-) Messer des Essbesteck darauf legen müssen, alles wegen der Fluchtgefahr. Der Gefängnisdirektor änderte das sofort, ich erhielt abends Lichtverlängerung und noch die eine oder andere Vergünstigung (vor allem zu Weihnachten, wo jedem Gefangenen ein Geschenkpaket in vorgeschriebenem Umfang gestatt war, ich bekam von Freunden und Genossen oft fünf oder sechs solcher Pakete und er ließ sie mir alle aushändigen). Dann organisierte er eine Art Zirkel, er war ja ein bei Hans Freyer in Leipzig promovierter Soziologe und lebte nun – als Protestant – in einer total katholischen und überdies gesellschaftlich nicht gerade hoch entwickelten Gegend – einen Zirkel und lud dazu einmal in der Woche die „Intellektuellen“ seiner Gefangenen zur Diskussion über ein bestimmtes Buch ein. „Intellektuelle“, das waren zwei Unternehmer, die nach Festen im Suff jemanden totgefahren hatten, ein katholischer und ein protestantischer Pfarrer, dazu Fritz Rische und ich. Unter den diskutierten und (von mir heftige kritisierten) Büchern war auch das seines Doktorvaters Freyer: „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“. Der Direktor wies die Kritik nicht zurück.

Aber zwei andere Dinge sind vielleicht interessanter. Ich wurde auch sofort dem Fürsorger des Gefängnisses vorgeführt, er war etwa im gleichen Alter wie ich, in dieser Gegend war er sicher auch Katholik, aber voller Loyalität zum Direktor, was nicht für alle Beamten dieses Hauses zutraf.

Der Fürsorger zu mir: „Sie sind also Kommunist?“ Ich: „Ja, das ist so.“ Er: „Das sind Sie trotz Stalins?“ Ich: „Ja, und ich vermute, in diesem katholischen Kreis hier sind Sie Katholik. Trotz Alexander dem VI. dem Hurenbock und Giftmörder?“ Er, nach einer kleinen Denkpause: „Sie haben Recht. Aber er war doch ein großer Politiker.“ (Anmerkung: er war es, der

die Bereiche Spaniens und Portugals in der „Neuen Welt“ aufteilte) Ich: „Das müssen Sie von Stalin auch anerkennen.“ Er: „Sie haben wiederum Recht. Er: „Es ist mir doch egal, ob ich meine Wurst bei einem Metzger oder in der HO kaufe, nur möchte ich, dass meine Kinder in einer katholischen Schule unterrichtet werden.“ Ich: „Und ich soll in Düsseldorf damit einverstanden sein, dass meine Kinder, die eines Atheisten, nur in eine christliche Schule gehen können?“ Er: „Darüber habe ich noch nie nachgedacht.“ Freunde wurden wir nicht, aber wir hatten gegeneinander ein respektvolles Verhältnis.

Und nun noch ein solches Erlebnis: Der katholische Anstaltspfarrer kam mich in der Zelle besuchen – ich erfuhr später, dass er ein wirklicher Antifaschist war –. Ich gab ihm sofort zu verstehen, dass ich kein Christ sei. Das wisse er, er käme trotzdem. Und dann gab es einen Dialog, aus dem ich folgendes festhalte: Er: „Wir haben Euch immer unterschätzt. Aber jetzt haben wir angefangen, uns mit Euch auseinander zu setzen. Ich frage mich nur, ob es dazu nicht schon zu spät ist.“ Ich (durchaus theologisch): „Aber Herr Pfarrer, ist das eine Frage der Zeit oder ein solche der Wahrheit.“ Er meinte dann, ihre philosophische Ausbildung sei ja nicht besonders gut. Und: „Damit das klar ist: Wenn Ihre Leute hier an die Macht kommen sollten, werde ich genau so energisch gegen sie sein wie gegen die Nazis.“

Auch wir wurden natürlich keine Freunde, hatten aber ein sehr vertrauensvolles Verhältnis. Er gab mir, bei der Entlassung, ein (sehr gutes) Buch zur Geschichte der griechischen und patristischen Philosophie mit, das ich sehr in Ehren halte. Was die eben berichtete Bemerkung angeht, dass wir mal die Macht in Deutschland übernehmen würden und er das noch erleben könne, auch noch dieses kleine Gefängnisserlebnis – das aber auch zeigt, wie tiefwirkend die Lügen von einer drohenden sowjetischen Aggression waren. Das muss so 1957 gewesen sein, als ein Wachtmeister meine Zellentür öffnete und unvermittelt sagte: „Ich behandle Euch so, dass ich nicht gehängt werde, wenn der Iwan kommt!“

## **Die KPD in der Illegalität**

Die Illegalität traf die Partei zwar nicht unvorbereitet, fiel aber zusammen mit den Auswirkungen des XX. Parteitags der KPdSU im Frühjahr 1956. Es war dies ein die ganze Partei aufwühlendes Ereignis, denn die Orientierung auf Stalin als dem Kopf und genialen Führer des Weltkommunismus hatte sich auch in der KPD festgesetzt – und dies war nun plötzlich, ohne jegliche Vorwarnung alles in Frage gestellt. Ehe die Partei – dazu noch nicht einmal mit den wirklichen Dokumenten (sprich Chrustschows sogenannter interner Rede) vertraut gemacht, für die erforderlichen Diskussionen Zeit hatte, musste sie ganz andere Aufgaben lösen, vor allem die Organisierung einer neuen, illegalen Parteistruktur mit allen dazu erforderlichen Aufgaben: Wie sichert man den organisatorischen Zusammenhalt?

Die alten Führungspersönlichkeiten waren auszutauschen. Waren sie nicht verhaftet oder „untergetaucht“ so doch dem Gegner bekannt und folglich in ihren Aktivitäten leicht zu kontrollieren. Aber neue Leitungen waren in den Regionen, wo sie zum Einsatz kamen, den Genossen unbekannt und sie kannten auch oft genug die regionalen und örtlichen Besonderheiten kaum. Es mussten illegale regionale Zeitungen, ein illegales theoretisches Organ geschaffen und die Verteilung gesichert werden. Und es waren ja nicht mehr all zu viele Genossen vorhanden, die Erfahrungen aus dem Kampf gegen die Nazis besaßen – und außerdem waren das auch qualitativ völlig unterschiedliche Aufgaben.

Die Partei hat einige Zeit gebraucht, um diese Aufgaben zu lösen, aber spätestens der illegale Parteitag vom Juni 1963 zeigte, dass sie wieder „auf dem Marsch“ war: Sie nahm wieder an Mitgliedern zu (in diesen Jahren um 4 000!). Eine größere Zahl von Betriebsgruppen und 100 neue Betriebszeitungen erschienen. (*Fritz Krause/Robert Steigerwald, KPD 1945 – 1965, Abriss; Dokumente; Zeittafel, Dietz 1966, S. 133 f.*)

## Was geschah, um das Verbot zu unterlaufen?

Manches wurde erst durch Erfahrung möglich. Es war beispielsweise jegliche organisatorische Aktivität für die KPD verboten. Aber was ist eine Organisation? Ist eine einzelne Kommunistin, ein einzelner Kommunist eine Organisation? Wohl kaum. Wenn also so eine Einzelne, so ein Einzelner fähig ist, allein den Text für eine Kleinzeitung zu schreiben, ihn allein in eine Druckerei zu bringen und nach dem Druck dort abzuholen, ihn allein auf die unterschiedlichste Weise zu verbreiten, so ist das keine organisatorische Tätigkeit für die KPD! Man muss nur darauf achten, dass der Text keine Handhabe für staatliche Maßnahmen bietet. Und wie steht es um Kandidaturen bei Wahlen? Wenn ein Einzelner fähig ist, die erforderlichen Unterstützer-Unterschriften zu sammeln und sich zur Kandidatur zu stellen, so ist auch das keine organisierte Tätigkeit für die KPD und dennoch eine kommunistische Aktion. Nicht nur wir mussten das erst lernen, auch die politische Polizei und Justiz musste das. Es gab also zunächst Verhaftungen, aber es konnten eigentlich keine Verfahren eröffnet werden, die Genossen wurden anfänglich dennoch verknackt! Schließlich gab es aber in jeder größeren Region auf diese Weise eine wöchentlich oder zweiwöchentlich erscheinende legale kommunistische Zeitung.

Oder wir gründeten zusammen mit linken SPD-Genossen eine marxistische Bildungsgemeinschaft, das war ja keine organisierte kommunistische Aktivität. Und als wir, vorbereitet durch einen Aufruf, den auch Wolfgang Abendroth unterschrieb, daran gingen, die im Land vereinzelt arbeitenden Bildungsgemeinschaften zur Arbeitsgemeinschaft der Marxistischen Bildungsgemeinschaften zusammen zu führen, war auch dies keine kommunistische Aktion. Jupp Schleifstein und Fritz Rische hatten dann die Idee, durch eine sol-

che Bildungsgemeinschaft in Frankfurt a. M., sie trug den Namen August Bebels, eine legale marxistische Zeitschrift herauszubringen, die „Marxistischen Blätter“, inzwischen, nach vier Jahrzehnten, die „älteste marxistische BRD-Theoriezeitschrift (gegründet 1964) unter auch reger internationaler Mitwirkung aus Ost und West. Die Zeitschrift ging alsbald dazu über, marxistische Konferenzen zu organisieren, die zumeist Hunderte Teilnehmer hatte und ein lebhaftes Presseecho fand. Besonders erwähnenswert ist die internationale Konferenz zum 150. Geburtstag von Karl Marx am 5. Mai 1968 in Trier mit 2.500 Teilnehmern. Sie fand ein Presseecho, das sogar zu einer lebhaften Kontroverse mit Bundestagsabgeordneten und Willy Brandt in der Presse, z. B. in der Tageszeitung „Die Welt“, führte. Und wir gingen dazu über, Bücher zu publizieren – dazu gab es einen marxistischen Verlag, den wir in Händen hatten. Hier muss unbedingt das aufopferungsvolle und initiativreiche Wirken des früh verstorbenen Genossen Heinz Jung erwähnt werden, der sich auch später, in der Nachfolge von Jupp Schleifstein als Leiter des – ebenfalls auf Schleifsteins Initiative in Frankfurt a. M. geschaffenen – Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, (IMSF) große Verdienste für die marxistische Forschungstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland erwarb.

Zu den Aktionen gegen das KPD-Verbot gehörten bedeutende Schritte nationaler und internationaler Solidarität. So hatte sich in unserem Land ein Ausschuss zur Aufhebung des Verbots gebildet, dem bedeutende nicht-kommunistische Persönlichkeiten unseres Landes angehörten. Und als in den späten sechziger Jahren die Bundesregierung einige Aspekte ihrer Außenpolitik änderte und nunmehr versuchen wollte, mittels einer sog. „Neuen Ostpolitik“ die DDR in der Umarmung zu erdrücken, nahm sie Kontakt zu Regierungen und Parteien kommunistischer Orientierung auf, die in einer gewissen Distanz zur Sowjetunion, zur KPdSU, standen. Sowohl in Italien, bei der IKP als auch in Rumänien war man bereit, auf die Bonner Orientierungen positiv zu reagieren (ohne dass man jedoch die Bonner Hoffnungen gegen die DDR teilte); dabei wurde aber auch den Bonner Emissären klar gemacht, dass an Formen der Zusammenarbeit nicht zu denken sei, solange in der Bundesrepublik die KPD verboten wäre. So erwies sich das Verbot für die Bundesregierung immer mehr als ein Hindernis. Es wurde auch durch Aktivitäten der angedeuteten Art immer mehr durchlöchert.

Dies war aber auch die Zeit, in welcher 1967/68, teilweise angestoßen durch Bewegungen gegen den Vietnam-Krieg der USA, den Algerien-Krieg Frankreichs, die imperialistischen Machenschaften im Nahen Osten (Suez-Krise) und die Bürgerrechtsbewegung in den USA, sich auch in Deutschland Teile der jungen Generation mit solchen Kämpfen solidarisierten und die Väter- und Großvätergeneration danach befragten, wie sie sich in der Zeit der Nazierrschaft verhalten hätten. Es war dies eine mit dem Stichwort „die 68er“ benannte hoffnungsvolle Bewegung in unserem Land. Noch war die KPD verboten, aber sie hatte bereits ein breites Netz von Beziehungen aufgebaut. Diese kamen teils aus den Bewegungen zur Beseitigung des KPD-Verbots, standen aber auch im Zusammenhang mit den anderen eben erwähnten Aktionen und Aktivitäten. Es gab sogar Bemühungen, ge-

meinsam mit anderen sozialistischen Kräften eine größere, legale politische Organisation aufzubauen. Das scheiterte daran, dass in der Auseinandersetzung um das, was die bürgerlichen Medien 1968 als „Prager Frühling“ getauft hatten, die Gegensätze zu groß waren. Wir, die KPD, sahen in diesem „Frühling“ vor allem den Versuch, die CSSR aus dem Warschauer Pakt und aus dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe herauszuberechnen, was in der Tat bedeutete hätte, dass die Südflanke Polens und der Ukraine aufgebrochen und dem Nato-Zugriff ausgeliefert worden wäre. Uns war durchaus bewusst, dass in der Protestbewegung in Prag und anderswo auch ehrlich um den Sozialismus und seine demokratische Weiterentwicklung bemühte Kräfte mitgewirkt hatten. Doch wir waren nicht „blauäugig“ genug, um die Gefahren zu missachten, die sich aus der kleinbürgerlichen Woge unter der Losung „Für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ergeben mussten. Der weitere Geschichtsverlauf hat gezeigt, dass hinter solchen Wogen die Konterrevolution marschiert ... Aber wie auch immer: An solchen Widersprüchen scheiterte damals der Versuch, eine breitere legale sozialistische Partei ins Leben zu rufen. Wir Kommunisten machen uns auch heute unser damaliges Verhalten nicht zum Vorwurf, denn es fand statt im politischen Zusammenhang der Gesamtorientierung auf Frieden und auf Gefahrenabwehr imperialistischer Aggression.

## **Kampf an mehreren Fronten**

Der Kampf gegen Aggressionen bzw. Kolonialkriege, die Bürgerrechtsbewegung in den USA, antifaschistische Tendenzen in der Jugend unseres Landes verflochten sich zu einem breiten Komplex antiimperialistischer Bewegungen. Es kam zu einer starken Wiederbelebung marxistischer oder pseudomarxistischer Aktivitäten, bildeten sich Gruppen und Organisationen, Periodika, die vorgaben, einen Neo-Marxismus zu entwickeln und stellvertretend für die ins System integrierte Arbeiterklasse zu handeln. In der damaligen teils sehr heftigen Auseinandersetzung zwischen der KPdSU und der KP Chinas schlossen sich viele von ihnen den chinesischen Positionen an und gründeten kleine Organisationen, für die sich der Name „K-Gruppen“ einbürgerte, weil sie sich selbst als Kommunisten oder kommunistisch benannten. Dies war verbunden mit der Verleumdung der Sowjetunion und der DKP als „revisionistisch“, wobei sie die vom XX. Parteitag der KPdSU ausgehende Kritik an Stalin und an dogmatischen Vereinfachungen des Marxismus als solchen „Revisionismus“ deuteten. Tatsächlich reagierten auf die vom XX. Parteitag der KPdSU enthüllten Untaten der Stalin-Zeit marxistische, auch kommunistische Kräfte Westeuropas durch Preisgabe wesentlicher Bestandteile des Marxismus. Insgesamt war eine Zeit angebrochen, in der sich eine ganze Anzahl von Konzeptionen bildete, die sich – teils selbst noch als marxistisch verstehend – in der Arbeiterbewegung oder an ihrem Rande entwickelten. Es

kam die These auf von einem „pluralen Marxismus“. Solche Konzeptionen entsprangen politischen Problemen und Bedürfnissen, waren keine ursächlichen, sondern Folgeerscheinungen und bedürfen zu ihrer vertieften Klärung der politischen und sozialen Analyse. Sie sind auch nicht allzeit vorhanden, sondern treten gerade in solchen Zeiten auf, da die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus und Prozesse der Annäherung an revolutionäre, an marxistische Positionen den Ideologieproduzenten des Kapitals es geraten sein lassen, gegen den Marxismus, gegen revolutionäre Positionen zu immunisieren. Dabei bietet sich ein altes taktisches Konzept geradezu an: Wen hat Thomas von Aquin am härtesten bekämpft? Seinen von ihm philosophisch am weitesten entfernten Gegner? Nein, es ging um den Sieger von Brabant, der sehr ähnliche Positionen wie Thomas selbst entwickelte. So auch unsere Großverlage während der Zeit einer doch schon recht starken Hinwendung junger Leute zu antikapitalistischen Positionen. Nicht pauschale, nicht totale Ablehnung des Marxismus war angebracht, sondern die Belebung oder Produktion von „Marxismen“ ein wenig abseits der Hauptlinien des Marxismus – wobei durchaus, an dogmatischen Dummheiten und Vereinfachungen ansetzend, die „Verbesserungen“ vorgetragen wurden. Damals wollte keiner dieser Verlage darauf verzichten, Texte von solchen „Verbesserern“ des Marxismus, teilweise auch solche von Begründern des Marxismus selbst, zu bringen. In der Regel wurde durch entsprechende Vorworte immunisiert. H. G. Helms verwies darauf, dass damals binnen weniger Jahre weit mehr solcher Texte erschienen als in Jahrzehnten vorher – wobei, mit einer Ausnahme, keiner dieser Verlage eine Originalausgabe von Werken Lenins veröffentlichte ... Ziel war die Begründung eines „westlichen Marxismus“ in Frontstellung zu Lenin und zum „Sowjetmarxismus“ Unter den eben gekennzeichneten Bedingungen wuchs das Interesse am Marxismus gerade bei jungen Intellektuellen ständig an. Sie waren einerseits genügend informiert, um sich nicht mit den offiziellen Propagandaphrasen zufrieden zu geben. Andererseits fanden viele von ihnen den Widerspruch zwischen Realität und Ideologie empörend. Dies war folglich keineswegs nur ein bürgerlich-defensives oder gar bürgerlich-aggressives Interesse am Marxismus – das es natürlich auch, wenn auch jetzt nicht als Hauptlinie, gab –, sondern in wachsendem Maße, trotz antisozialistischer und antikommunistischer Vorbehalte, ein echtes Bestreben, den Marxismus ernsthaft, freilich oft nur im Sinn einer theoretisch-kontemplativen Beschäftigung kennen zu lernen. Nie zuvor gab es in der Bundesrepublik ein so großes Interesse am Marxismus wie in den späten sechziger Jahren, nie zuvor schossen so viele Institute zur Erforschung und Bekämpfung des Marxismus aus dem Boden, nie zuvor veröffentlichten so viele renommierte bürgerliche Verlage Werke von Marx, Engels und anderen Marxisten sowie Monographien über oder gegen den Marxismus. Ja, die Unternehmerverbände gaben damals regelrechte Folgen von Argumentationshilfen für ihr Führungspersonal zur Sache Marxismus heraus (Hans G. Helms, „Fetisch Revolution“, Neuwied/Berlin: Sammlung Luchterhand 105, 1969, insbes. das Kapitel „Kritik der westdeutschen Marx/Engels-Ausgaben“, S. 173-200). Von 1945 bis 1959 erschienen in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik rund 500 Bücher oder Broschüren marxistischen

Charakters – das waren die wenigsten – und solche, die sich direkt mit dem Marxismus – zumeist kritisch – befassten. Doch allein in den drei Jahren von 1964 bis 1967 (also noch vor der Studentenrebellion, Jahre zudem, in welchen die marxistische, die kommunistische Partei des Landes in der Illegalität wirken musste, waren es ebenfalls 500 Titel ! Es hatte eine regelrechte Eskalation begonnen. Ob Rowohlt oder Cotta, Europäische Verlagsanstalt oder Suhrkamp, es gab keinen seriösen Verlag, der nicht zu Marx und Engels oder von diesen Bücher publizierte. Die Beck'schen Elementarbücher brachten Jupp Schleifsteins „Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin“ in vier Auflagen heraus und selbst Allan Dulles Schwiegersohn ließ uns aus dem Mund Ernst Fischers wissen, „Was Marx wirklich sagte“ – grad so als hätte es vor Fischer niemand gewusst!

Die Frankfurter Allgemeine“ ereiferte sich: „Es gibt kaum mehr eine seriöse Publikation, die keine Marxismus-Diskussion veranstaltet... Das Ende ist noch nicht abzusehen. Es sind das alles Signale, dass eine Auseinandersetzung in Gang gekommen ist, die vor zehn Jahren noch niemand für möglich hielt“ (31. 1. 1968). Es waren damals Instrumente zur Desorientierung von sich nach links hin bewegendem Kräften vor allem aus den Reihen der Intelligenz notwendig. Die Einsicht in die Überlebtheit des Kapitalismus, in seine Dehumanisierung, die Wirkungslosigkeit traditioneller Marxismuskritik unter solchen Bedingungen stimulierte bei vielen Intellektuellen, die nicht oder noch nicht auf die sozialistische Position überzugehen bereit waren, Ansichten Dritter Wege. Dem dienten Wiederbelebung der Anthropologie und Erarbeitung einer Philosophie der „Praxis“ als Instrumente der Verteidigung der individuellen Spontaneität gegenüber der objektiven Determiniertheit unseres Handelns ebenso wie gegenüber staatsmonopolistischer Reglementierung. Der Marxismus wurde auf diese Anthropologie und „Praxis“ reduziert, die Anerkennung der objektiven Realität als Ausdruck verdinglichten Bewusstseins und als freiheitseinschränkend abgelehnt. Wieder belebt wurden Werke vergangener Marxismuskritik. Ultralinke Literatur erfreute sich plötzlich des Interesses von Großverlagen. Der Dialog zwischen Marxisten und Christen wurde benutzt, um sozialistische Positionen aufzuweichen, indem man einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ dem realexistierenden Sozialismus entgegenstellte ... Um einige Autorennamen von damals zu nennen (auch wenn sie heute so vergessen sind, wie auch heute kein bürgerlicher Verlag einen originären oder „abweichenden“ Text in Sachen Marxismus zu publizieren für nötig erachtet): Cerutti, Claussen, Krahl, die Auguren der Frankfurter Schule, die italienischen, spanischen, französischen, auch jugoslawischen Köpfe des „Eurokommunismus“. Dass dieses In-Beziehung-Setzen von Angriffen auf den Marxismus mit politischen Konjunkturen zusammenhängt, kann man schon daran erkennen, dass es gegenwärtig, angesichts der Schwäche der marxistischen Kräfte hierzulande so etwas nicht gibt. Auch hier ist der unmittelbare politische Grund für die Herausbildung von „Marxismen“ unübersehbar. Dennoch bleibt aber die Frage, ob es nicht möglich ist, dass sich im Bereich des großen weltanschaulichen und theoretischen Gebildes namens Marxismus Varianten und Schulen herausbilden können, die Marxismen genannt werden dürfen?

Natürlich musste und muss es mit der Entwicklung des Marxismus in die Breite und – das ist jetzt geografisch gemeint – mit dem Eindringen in Gebiete, die in einem anderen kulturellen Zusammenhang standen und auch andere nationale Charaktere entwickelt hatten, auch der Marxismus gewisse alternative Färbungen annehmen. Aber wenn es keinen in allem dennoch erkennbaren Kernbestand des Marxismus gäbe, wie wollte man dann von Marxisten reden können? Kann es einen Wald geben, wenn es keinen Baum gibt? Kann es von etwas eine Mehrzahl geben, wovon keine Einzahl existiert? Woher nehmen jene, die von Marxisten reden, für sich das Recht in Anspruch, Marxisten zu sein? Marx und Engels – lassen wir es bei diesen beiden, obwohl natürlich auch W.I.Lenin, Rosa Luxemburg, Antonio Gramsci zu nennen wären – haben doch zu bestimmten Zeiten, in verschiedenen Werken, an hervorgehobenen Stellen ihre Theorie gekennzeichnet. Man denke an die berühmte Passage, in welcher Marx, im Gegensatz zu Hegel und auf knappste Form gebracht, seinen philosophischen Standpunkt formulierte. Die Orientierung auf die Arbeiterklasse war keine bloß vorübergehend taktische, und der berühmte „Zirkularbrief“ – er drückte beider gemeinsame Einstellung aus – enthielt deutliche Grenzziehungen.

Und dass man den Kapitalismus überwinden könne, ohne die Machtfrage zu entscheiden und die Eigentumsfrage sozialistisch zu lösen, das wäre Marx und Engels nicht im Traum eingefallen. Es ist möglich, weitere solche Grundelemente des Marxismus zu nennen. Dann lässt sich durchaus unterscheiden, ob es sich bei einem theoretischen oder politischen Konzept um Marxismus handelt, ob man es mit etwas zu tun hat, das sich vielleicht so nennt, aber doch nur in einer getarnten Art bürgerliche Ideologie ist. Man sollte also mit der Formel vom Marxismus und den Marxisten sorgfältig umgehen und sie nur benutzen, wenn auf einem Sockel unverzichtbarer marxistischer Grundlagen unter bestimmten konkreten, historisch-gesellschaftlichen Bedingungen Modifikationen erfolgen – etwa dergestalt, dass Mao Tse-Dung seinerzeit in den chinesischen Bauernmassen die konkrete Kraft für den antiimperialistischen, nationalen Freiheitskampf sah. Diese Jahre waren auch von den schweren Zerwürfnissen zwischen der KPdSU und der KP-Chinas gekennzeichnet. Sie sind nicht spurlos an der Entwicklung der illegalen KPD und später der DKP vorübergegangen. Ultralinke, und sicher auch bestellte Kräfte nutzten diese Situation, um schwere Angriffe auf die Partei, ihre Orientierung und ihre Einheit zu starten.

Wir Kommunisten haben in diesen Jahren an mehreren „Fronten“ gekämpft: gegen ultralinkes Chaotum, gegen pro-maoistische Kräfte, gegen den „Neo-Marxismus“ jeglicher Spielart und den Euro-Reformismus, gegen den von Gorbatschow genährten Reformismus, wie er sich in der selbsternannten Erneuerer-Strömung ausgedrückt hat. Die genannten Auseinandersetzungen fanden öffentlich in Wort und Tat, auf Konferenzen und in Schriften statt. Sie waren oft durchaus auch mit körperlichen Auseinandersetzungen und Gefährdungen verbunden! Wir haben alle Versuche – gestützt auf einen (missverstandenen oder missgedeuteten) Antonio Gramsci, auf Georg Lukacs, auf Karl Korsch, auf Sartre, auf den „Freudo-Marxismus“ –, einen gegen den Leninismus, also gegen die Grundlagen des Kommunismus, gerichteten „westeuropäischen Marxismus“ aus der Taufe zu heben,

auf jede uns damals mögliche Weise bekämpft. Wir haben zu keiner Zeit, auch dann nicht, als wir zweifelten, ob dies immer richtig war, uns in die Reihe jener begeben, die sich, etwa unter dem Signum der „kritischen Solidarität“ oder des Ringens um einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, gegen die Sowjetunion, gegen den realen Sozialismus stellten. Wir haben uns mit der Gorbatschow-Strömung auseinandergesetzt und sind in den Krisenjahren 1989/90 fähig gewesen – bei schweren Mitgliederverlusten – die Partei davor zu bewahren, in diesem Strudel zu versinken. Wir haben uns nicht dazu verlocken lassen, die DKP auf dem Altar einer – damals war es noch zulässig, sie so einzuschätzen – kleinbürgerlichen Utopie des demokratischen Sozialismus zu opfern.

1968 war es gelungen, auch mit Hilfe solidarischer demokratischer Kräfte, die sich im Kampf gegen das KPD-Verbot engagiert hatten, den Durchbruch zur Neukonstituierung einer kommunistischen Partei auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland, der DKP, zu schaffen – einer Partei in der Tradition von Marx, Engels, Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck.

Wir machten uns alsbald daran, die Programmatik dieser Partei zu erarbeiten, und das war mit einigen neuen Aspekten verbunden. Sah die Programmatische Erklärung des bereits genannten illegalen KPD-Parteitag vom Juni 1963 noch vor, dass die Frage der sozialistischen Zukunft sich erst nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands für ganz Deutschland stelle, so musste die Kommunistische Partei eines Landes in ihr Parteiprogramm notwendigerweise auch das sozialistisch-kommunistische Ziel, die Vorstellungen über die Kräfte, mit denen das Ziel zu erreichen sein könne, einschreiben und die Frage nach möglichen Zwischenschritten und Zwischenetappen auf diesem Weg beantworten. Diese Aufgaben wurden im Laufe eines zehnjährigen Prozesses, der mit der Grundsatzerklärung der DKP vom Essener Parteitag 1968 begann und über die Thesen des Düsseldorfer Parteitags von 1971 bis hin zum Parteiprogramm des Mannheimer Parteitags der DKP von 1978 führte, erarbeitet.

Unter theoretisch-politischem Gesichtspunkt bestand das Neue an dieser programmatischen Arbeit nicht nur darin, dass es die Orientierung zum Sozialismus für die Bundesrepublik schon vor der Erringung der nationalen Einheit enthielt, sondern eben auch und gleichsam im Rückgriff Erkenntnisse früherer Kominternkongresse, wie die Strategie des Erarbeitens von Etappen der Übergänge.

Die Zeit nach der Neukonstituierung DKP war die wohl dramatischste Periode in der jüngeren deutschen Geschichte seit der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Es war dies die Periode einer Friedensbewegung, wie es sie so in der deutschen Geschichte noch nie gegeben hat und in welcher die DKP, die ihr verbundenen Jugendorganisationen SDAJ und Marxistischer Studentenbund (MSB) Spartakus eine aktive Rolle spielten. Es war die Zeit breitetester Bündnisse gegen Raketenrüstung und Kriegsvorbereitung, breitetester internationaler Zusammenarbeit. Aber es war dies auch die Zeit schwerster NATO-Provokationen. In diesen Kämpfen wuchsen die DKP und die ihr verbundenen Organisationen, erreichte die Partei in ihrer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit beträchtliche Erfolge, wurde die Partei

durch die ihr verbundenen Intellektuellen, Künstler und zahlreiche kulturell Tätige zu einer bedeutenden kulturellen Potenz der „alten“ Bundesrepublik Deutschland.

Wir gingen nach 1989/90 daran und waren bis zur Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms beim Duisburger Parteitag 2006 damit befasst, unser revolutionäres Parteiprogramm von 1978 durch Dokumente weiter zu entwickeln. Zu Nennen sind die „Thesen zur Programmatischen Erneuerung“, „DKP – Partei der Arbeiterklasse“ und „Der Sozialismus als historische Alternative zum Kapitalismus“. Das sind Dokumente auf der Basis der Theorie von Marx, Engels und Lenin.

Was die Ära Gorbatschow angeht, so wurde eine Konzeption in die Welt gesetzt, die wesentliche Bestandteile des historischen Materialismus, der marxistischen Politischen Ökonomie und der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus preisgab. Wenn an die Stelle des Klassenmäßigen das Gattungsbezogene tritt, wenn Politik an allgemeinemenschliche Moral gebunden wird und dies alles deshalb möglich sein soll, weil der Kapitalismus aus seinem inneren Wesen heraus friedensfähig sei, folglich die Menschheit in Gestalt beider Systeme koexistieren könne und die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus nicht mehr nötig sei – dann ist logischerweise die marxistische Kapitalismusanalyse falsch. Dann werden in der Politik Moral und der politische Wille führender Kräfte und Klassen dominant gegenüber der materiellen Basis. Das ist das Ende jeder marxistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie. Nachzulesen in der Juli-Ausgabe (1989) der „Marxistischen Blätter“. Und im Oktober-Heft des gleichen Jahres, das vor der beginnenden Auflösung der DDR und vor Gorbatschows Berlin-Reise erschien, konnte man lesen: Es möge sich niemand täuschen, im Zentrum des heutigen Angriffs des Imperialismus stehen DDR und CSSR. Wenn es gelänge, die DDR zu zerstören, so wird der Imperialismus versuchen, seinen alten Traum zu verwirklichen, die Sowjetunion wie eine Apfelsine in ihre einzelnen Stücke zu zerlegen!

Bei aller notwendigen Kritik an unseren Fehlern, auch an im Namen des Kommunismus begangenen Verbrechen, haben wir uns nie losgesagt von der Realität und Geschichte des Sozialismus. Wir haben die Errungenschaften des Sozialismus verteidigt und die peinlichdemütigen Entschuldigungsgesten der PDS-Führung nicht nur als opportunistisch, sondern auch als würdelos beurteilt.

Angesichts unverkennbarer Schwierigkeiten in Ländern des realen Sozialismus erschien es vielen als ein Zeichen der Hoffnung, dass nach Andropow – der jedoch nur noch kurz lebte und dessen Nachfolger Tschernjenkow eher erneut eine Wende nach rückwärts anstrebte – Gorbatschow die Führung der Sowjetunion übernahm und die Hoffnung nährte, das Land und die Partei würden nun die Kraft finden, um die schon lange überfälligen inneren Reformen durchzusetzen. Mag sein, dass Gorbatschow hoffte, außenpolitischen Ballast abzuwerfen, als er Bush senior in der Abrüstungsfrage einseitig entgegenkam. Nun erweckte der oberste Mann der SU gegenüber Bush senior den Eindruck, an den Rüstungs- und Kriegsvorwürfen gegen die SU sei nicht alles verlogen gewesen! Wir Kommunisten aber hatten ohne Wenn und Aber in der Kriegs- und Friedensfrage an der Seite der Sowjet-

union (und der DDR) gestanden. Wir hatten die Oktoberrevolution und den Weg der Sowjetunion trotz nötiger Kritik an Verletzungen sozialistischer Moral und Gesetzlichkeit verteidigt. Und nun erweckt der neue Mann an der Spitze der UdSSR den Eindruck, der Weg der Sowjetunion sei voller Fehler und Verbrechen und die gewaltigen Opfer der Völker des Landes seien letztlich vergebens gewesen. Der Mann kam nun als Sozialdemokrat daher und wurde nicht müde, Westliches anzupreisen. Wie hätte ein derart von seiner eigenen Führung an die Prinzipien des jahrzehntelang bekämpften anderen Lagers verratene Volk noch seine eigenen Werte verteidigen können? Gorbatschow ebnete den Weg auf eine abschüssige Bahn, auf der es nur immer weiter bergab gehen konnte bis hin zum nachhaltigen Verrat nicht nur an der DDR als Staat, sondern am Sozialismus selbst. Dafür verlieh der Imperialismus diesem Mann zu Recht einen seiner wohl dotierten Preise...

Wie die KPD in kalten Zeiten kämpfte, so kämpft(e) die DKP nun in harten Zeiten. Anfängliche Euphorie – sie erfasste als Gorbi-Welle das gesamte Land – in der Partei und demgegenüber früh erwachsendes Misstrauen führte zu Spaltungstendenzen innerhalb der DKP als einer politischen Partei, in der ein großer Teil der jüngeren Genossinnen und Genossen teilweise große persönliche Opfer auf sich genommen hatte (Stichwort: Berufsverbote). Viele fühlen sich gerade in ihren wertvollsten Idealen verraten und wandten sich von der Partei ab.

Ich weiß, dass es während längerer Zeit in Theorie und Praxis der Kommunisten Stillstand gegeben hatte, dass wir wichtige Anstöße anderer, dem Marxismus verbundener Kräfte, die sich auf neue Fragestellungen und Lösungen bezogen, nicht oder ungenügend beachtetten oder sie mit Rücksicht auf sowjetisches Herangehen an solche Fragen (Stichwort Atomkraftwerke) in unserem Wirken schlicht ausblendeten. Es gab (und gibt) „Nachholbedarf“ auf theoretischen, politischen und organisatorischen Feldern. Kein Wunder, dass sich eine Bewegung zur erstrebten, erwünschten oder auch nur angeblichen Erneuerung des Marxismus herausbildete. Das musste anfänglich zu Irritationen führen, da keinesfalls sofort erkennbar war, ob das Erneuerermotiv ehrlich oder nur ein Vorwand war, sich aus politischer Verantwortung zu stehlen. Inzwischen sind die Dinge weitgehend geklärt: ein erheblicher Teil jener, die sich anfänglich als Wortführer von Erneuerung ausgaben, sind in alle Winde davon irgendwo auf dem „langen Marsch“ durch die Institutionen des einst so heftig bekämpften „Establishments“ ...

Wegen solcher Zusammenhänge ist die DKP nicht einzureihen in jene Parteien, die von Krisen reformistischer und sozialdemokratischer Art befallen sind. Unsere Partei, die DKP, ist heute klein, aber steht als politische Partei und kulturelle Strömung in einem moralisch unhintergehbaren geschichtlichen Traditionszusammenhang.

Die DKP ist heute eine kommunistische Partei im Zentrum des gegenwärtigen Europas, im Zentrum seiner aktuellen imperialistischen Führungsmacht. Das bedeutet für die DKP besondere Verantwortung. Wir sind verpflichtet, so gut wie wir's nur immer können, unseren Beitrag zur Bewahrung und Weiterentwicklung von Theorie und Praxis des Kommunismus zu leisten.

## Was bleibt?

Schon die deutsche Linke, aus deren Reihen die KPD hervor wuchs, war dem Prinzip des antiimperialistischen, antimilitaristischen, des Friedenskampfes verhaftet und brachte in diesem Kampf ihre schwersten Opfer. Die KPD ist diesen Prinzipien treu geblieben. Sie hat allen imperialistischen Abenteuern und Versuchungen widerstanden und im Kampf gegen Hitler die größten Opfer gebracht. Diesen Weg haben wir nach 1945 fortgesetzt und sind, auch als DKP, bis zum heutigen Tag die einzige Partei des konsequenten Antiimperialismus, Antimilitarismus, Antifaschismus und des Völkerfriedens geblieben – wobei wir aus dem „Kommunistischen Manifest“ wissen, dass die Erde sich erst dann um die Sonne des Friedens drehen wird, wenn die befreite Arbeit zum herrschenden Prinzip des gesellschaftlichen Lebens geworden ist.

Die KPD hat zu keiner Zeit einen Riss zwischen sich und der Sowjetunion, zwischen sich und der DDR, zwischen sich und dem realen Sozialismus aufkommen lassen. Wir haben die von diesen Staaten ausgehende Politik der Friedenssicherung, der Abrüstungsschritte und – vor allem – der Herbeiführung von Bedingungen zur demokratischen deutschen Einigung mit all unseren – begrenzten – Kräften unterstützt. Wir waren eine wirkliche nationale Kraft wie auch unsere Genossen in anderen europäischen Ländern. Nur: Sie hatten im deutschen Faschismus den nationalen Feind, nicht nur den Feind der Demokratie und der sozialen Errungenschaften bekämpft, wir deutschen Kommunisten standen gegen die „eigene“ Regierung, den „eigenen“ Krieg, die „eigenen“ Siege, an der Seite derjenigen, die aus der Heimat vertrieben wurden (usw.). Diese Konstellation ermöglichte es antikommunistischen Kräften, uns als vaterlandslose Gesellen und Nestbeschmutzer hinzustellen, unsere nationale Politik als Trick zu verteufeln, Deutschland nur den verhassten Sowjets auszuliefern zu wollen. Was im richtig verstandenen Sinne Politik im Interesse unseres Volkes war, wurde als für dieses Volk höchstverderblich denunziert und kriminalisiert. Uns steht heute reichhaltiges historisches, politisches und programmatisches Material zur Verfügung. Es befähigt uns, eine an Grundinteressen der Massen anknüpfende wirtschaftliche, soziale und ideologische Leitlinie unseres politischen Handelns auszuarbeiten im Sinne eines Leitfadens, der sich nicht darauf beschränkt – sie aber auch nicht ignorieren darf –, bei den Tagesinteressen stehen zu bleiben. Wir müssen nach Möglichkeiten argumentativ begründeten Handelns suchen, die den Übergang auf immer weitere Stufen einschichtigen Wirkens ermöglicht und schließlich erkennen lässt, dass das Grundübel unserer Zeit nach wie vor „Kapitalismus“ heißt. Letztlich enthält jede kleine Frage, wie der „Kampf ums Teewasser“ und der Preis des Brötchens, diese Grundfrage. Es geht für Kommunisten darum, diese Zusammenhänge rational und nachvollziehbar, anschaulich und überzeugend herauszuarbeiten.

Auf lange Sicht dürfte unser Kampf sich auf konkrete Abrüstungsschritte konzentrieren, auf die Zurückdrängung der Kriegskräfte, auf die Entlarvung ihrer vorgeblichen Gründe für Rüstung und Kriege – Kriege, die nicht nur Grundlagen der heutigen Sozialreaktion

sind, sondern letztendlich zu Vernichtungshandlungen bisher unbekannter Furchtbarkeit und zu ökologischen Katastrophen führen müssen. Auch insofern gilt die alte Losung: Der Frieden ist nicht alles, aber ohne den Frieden ist alles nichts!

## **Anhang: Über „Republikflüchtlinge“ und „Revisionisten“**

### **Eine Episode während des KPD-Verbotsprozesses soll festgehalten werden:**

Ich war nach meiner ersten Haftentlassung im Jahre 1954 Sekretär in der hessischen Bezirksleitung der KPD (verantwortlich für Theorie, Propaganda und Agitation). In diese Zeit fiel eine Vortragsreihe von Prof. Dr. Leo Kofler. Sie wurde gemeinsam veranstaltet von den Jungsozialisten und der Naturfreundjugend. Ort: Goethe-Universität Frankfurt. Thema: Marxistischer oder stalinistischer Sozialismus.

Von Kofler „wusste“ ich seit meinem Aufenthalt an der Parteihochschule der SED, dass er erstens Revisionist und zweitens Republikflüchtling ist. Und nun dieser Mann in „meinem“ Arbeitsbereich! Da musste ich hin, wollte ihn stellen...Gesagt, getan: Koflers Referat angehört und dann als erster in die Diskussion und diese gleich begonnen mit den Worten: „Also ich bin Stalinist!“ Was ich danach sagte habe ich inzwischen vergessen. Ich erwartete, von Kofler in dessen Schlusswort „zerrissen“ zu werden. Das aber geschah nicht! Vielmehr schilderte Kofler den Bezirkssekretär der SED in Halle, Bernhard Koenen. Kofler war nach Auseinandersetzungen mit ihm aus Halle geflohen. Aber er schilderte Koenen als einen moralisch sauberen Kommunisten. Beispielsweise benutze er keinen Dienstwagen, fahre mit der Straßenbahn zur Arbeit, damit er mit „normalen“ Bürgern reden könne. Jedoch sei er ein ideologisch engstirniger Mann. Mehr geschah nicht. Keine Hetze und dergleichen. Als Kofler später diese Vorträge in einer Broschüre herausgab, hatte er den Generaltitel geändert: „Über marxistischen und ethischen Sozialismus“!

Während des Verbotsprozesses plante die Bundesregierung, als Marxismuskritiker den Jesuiten Gustav Andre Wetter oder den Dominikaner Josef Maria Bochenski in Sachen „marxistische Theorie“ gegen die KPD aussagen zu lassen. Ich besorgte mir beider Bücher und musste feststellen, dass ich (damals, nicht heute) in wichtigen Punkten ihre Kritik nicht hätte rational-logisch widerlegen können. Dabei war ich zuvor an der SED Parteihochschule kurzzeitig (bis zu meiner Rückkehr in den Wilden Westen) für das Philosophie-Studium verantwortlich! Aber ich hatte in einer Broschüre Koflers in Fußnoten wahrgenommen, dass er sich mit beiden Marxismuskritikern befasst haben musste. Folglich ging ich zu Walter Fisch, der unsere Prozessgruppe anführte. Ich sagte ihm, ich könne der Partei gegen Wetter und Bochenski nicht ausreichend helfen, würde aber jemanden kennen, von dem ich annehme, dass er dazu fähig sei. Das Problem. „Der ist Republikflüchtling. heißt Leo Kofler, ich hatte schon mit ihm zu tun. Soll ich ihn aufsuchen und fragen, vielleicht ist

er ja dazu bereit, im Falle des Auftretens von Wetter und oder Bochenski uns zu helfen?“ Fisch war souverän genug, sich am „Republikflüchtling“ nicht zu stören und stimmte zu. Also fuhr ich zu Kofler. Er wohnte in Köln in einer kleinen Mansardenwohnung (die führenden „Frankfurtisten“, Horkheimer und Adorno, hatten eine Professur Koflers verhindert, weil Kofler mit Positionen des von ihnen bekämpften Georg Lukacs sympatisierte). Ich trug Kofler unser Anliegen vor. Seine Antwort: „Ich bin Staatenloser, wenn ich für Euch auftrete, verliere ich meine Aufenthaltserlaubnis. Aber wenn es denn sein muss, ich bin dazu bereit.“

Ich empfand damals und ich empfinde heute noch Hochachtung vor dieser moralischen Haltung: Der Revisionist, Republikflüchtling und Staatenlose als Verteidiger der KPD – wir wurden seitdem Freunde. Und blieben es bis an Leo Koflers Lebensende.

Auch mit anderen „Republikflüchtlingen“ hatte ich ähnlich positive Erfahrungen: Jede unserer KPD-Aktionen in der Illegalität und danach, für die eine breite Zustimmung nützlich war, fand die offene Unterstützung von Wolfgang Abendroth. Hatte er eine Initiative unterstützt, so war es leicht, andere ebenfalls zum Mitmachen zu gewinnen: etwa zu jener bereits erwähnten großen Konferenz in Trier anlässlich des 150. Geburtstages von Karl Marx oder zur Organisierung einer Bundesvereinigung marxistischer Bildungsgemeinschaften. Auch in den Wochen nach dem Einmarsch der Truppen der Warschauer Vertragsstaaten in die CSSR, als es eine äusserst angespannte Beziehung zwischen uns und linkssozialistischen Kräften gab, mit denen wir zuvor teils recht eng zusammen gearbeitet hatten, war Wolfgang Abendroth eine „Brücke“ zwischen diesen Kräften und der KPD, die dank seines Wirkens nicht einstürzte. Wolf Abendroth war ein kluger, wirkungsvoller Streiter gegen das KPD-Verbot. Und was er als Hochschullehrer für marxistische und andere linke Kräfte in unserem Land bewirkte, ist gar nicht hoch genug zu bewerten: Er hat etwa siebzig Dissertationen betreut und viele der von ihm betreuten Doktoranden wurden wiederum teils hoch angesehene marxistische Hochschullehrer. Einige der Bücher, die ich in dieser Arbeit als Quellenmaterial benutzt habe, haben Schüler Abendroths geschrieben...

Und Ernst Bloch? Auch er trat wirksam gegen das KPD-Verbot auf und wir hatten ihn bei jeder antiimperialistischen, antifaschistischen Aktion im Land im Kampf gegen den US-amerikanischen Krieg gegen Vietnam an unserer Seite.

Und Hans Mayer? Er war eine jener Persönlichkeiten, die recht früh auf mich einen großen Einfluss ausübten. Ich war noch Sozialdemokrat, als ich erfuhr, dass der von mir bewunderte Franz Mehring Mitbegründer der KPD war, Georg Lukacs und Hans Mayer Kommunisten? Ich erahnte: Wenn solche intelligenten und integren Menschen Kommunisten sind, dann muss Dein Bild von den Kommunisten falsch sein. Hinzu kam, dass ich mit Hans Mayer und Stefan Hermlin beinah täglich zu tun hatte, arbeiteten wir doch als Rundfunkredakteure im gleichen Haus: Hans Mayer als Leiter der Abteilung politisches und Stefan Hermlin als Leiter der Abteilung künstlerisches Wort. Von beiden war zu lernen. Dafür ein Beispiel:

Im Frühjahr 1947 veranstaltete „meine“ Gruppe der „Falken“ einen Heine-Nachmittag. Ich referierte, andere trugen Gedicht vor. Heine, der Lyriker, war unter uns. Dann fragte

einer unserer Genossen, ob Heine auch anderes als Gedichte geschrieben hätte. Ich sagte, mir sei da nichts Wichtiges bekannt. Unser Nachmittag kam Radio Frankfurt zu Ohren und so bat man uns, den Nachmittag im Rahmen des Jugendfunkprogramms zu wiederholen. Das geschah, einschließlich der „bewussten“ Frage. Hans Mayer hörte davon und nahm sich vor, darauf einzugehen: Da sehe man, was die Nazis bewirkt hätten. Junge antifaschistische, sozialistische Jugendliche würdigten Heine, kannten aber nur den Lyriker. Wüssten nichts von Heines Studien „Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“ oder der „Romanischen Schule“. Beide Texte habe ich umgehend studiert und bewundere seitdem diese großartigen Arbeiten, in denen die durchaus nicht immer leichten Texte unserer philosophischen Klassiker auf sowohl intellektuell anspruchsvolle als auch sprachlich meisterhafte Weise und in prächtigen Bildern und Vergleichen dar- und vorgestellt werden. Ich bin mir seitdem nicht darüber im Klaren, welchen Heinrich Heine ich höher wertschätzen soll – den Lyriker oder den Philosophie- und Literaturkritiker?

Als 1998 der hundertste Geburtstag Bertolt Brechts gefeiert wurde und man in Frankfurt a. M. daran nicht vorbei konnte (wurden doch seine Werke in dieser Stadt vom Suhrkamp-Verlag gedruckt und dank des Intendanten Buchwitz auch gegen den Widerstand der Kalten Krieger dort erstmals und vielfach aufgeführt), sprach Hans Mayer als Festredner vor dem geladenen Respekts-Publikum. Dem rief er entgegen: „Das Zeitalter des Bürgertums geht zu Ende!“ Dafür bekam er von ihnen keinen Beifall. Und wir, die ihm Beifall gespendet hätten, waren keine geladenen Gäste...